Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Sonnabend, 25. Juni 1921 · Nummer 291 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. pro Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 96 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Doppelexistenzen

H. H. Der Weltkrieg hat die Entwicklung der Frauenberufsarbeit in ungeahnter Weise beschleunigt. Von der Not getrieben, von dem Gedanken beherrscht, der immer mehr drohenden Verelendung zu entrinnen und ihre Arbeitskraft zu verwerten, griffen Tausende von Frauen zum Erwerb und strömten sogar in jene Berufe, die bislang als die alleinige Domäne des Mannes galten. Nach dem Bericht der Gewerbeinspektion für Preußen vom Jahre 1919, der nur die gewerblichen Arbeiter für Preußen erfaßt, war in den Betrieben, die mindestens 10 Personen beschäftigen — denn nur diese unterstehen der Gewerbeinspektion — die Zahl der Arbeiterinnen von 687 734 im Jahre 1913 auf 1 230 884 im Jahre 1918 gestiegen, davon waren allein in der Metallverarbeitung im Jahre 1918 135 237 Frauen gegenüber 35 278 im Jahre 1913, in der Maschinenindustrie 326 410 gegenüber 51 634 im Jahre 1913 beschäftigt.

Natürlich konnte die Berufsarbeit, so unfreiwillig sie zunächst von einem großen Teil der Frauen ergriffen wurde, nicht ohne Einfluß auf die geistige Einstellung der Frau bleiben. Denn nicht nur, daß sie die materielle Lage der Frauen hob, sondern sie förderte auch ihr Selbstbewußtsein und ihr Unabhängigkeitsgefühl und hatte zur Folge, daß viele Frauen gegenüber dem Berufe eine ganz veränderte Stellung einnahmen. Hatte der größte Teil der Frauen die Berufsarbeit zuerst als eine vorübergehende Erscheinung hingenommen und sich mit ihr als einem notwendigen Zwange abgefunden, dem man sobald wie möglich wieder zu entrinnen hoffte, so begann sich diese Auffassung von der Berufsarbeit allmählich zu ändern, und viele der berufstätigen Frauen suchten das Schwergewicht ihrer Tätigkeit nicht mehr in die Hauswirtschaft, sondern außerhalb des Hauses, in den Beruf, zu verlegen.

Diese andere Einstellung gegenüber dem Berufe beeinflußte auch nach und nach das Verhältnis der berufstätigen Frauen zu den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Die Zunahme der Frauenarbeit äußerte sich deutlich in einem immer stärkeren Anwachsen des weiblichen Elements innerhalb der Gewerkschaften und erreichte während und nach der Revolution ihren Höhepunkt.

Es kann zugegeben werden, daß es zuerst rein materielle Gesichtspunkte waren, welche die berufstätigen Frauen in die Gewerkschaften hineinführten. Allein schon die Tatsache, daß sie von dem Organisationsgedanken erfaßt wurden und in das Getriebe der Organisation hineingerieten, schuf die Grundlage für ein verändertes Verhältnis der berufstätigen Frauen zu ihren männlichen Berufskollegen. Lange Zeit hatte sich ein starker Gegensatz zwischen männlichen und weiblichen Berufstätigen gezeigt. Der männliche Berufstätige sah in der Frau die Konkurrentin, die dem Unternehmer ihre Arbeitskraft billiger anbot und ihn dadurch aus seiner Stellung zu verdrängen suchte, und die Frau erblickte in den männlichen Berufskollegen nicht Klassengenossen, die den gleichen Kampf kämpften, mit denen sie durch gemeinsame Interessen verbunden war, sondern Gegner, die ihrem Streben nach eigener Berufstätigkeit hindernd in den Weg traten. Durch die Schulung der Frau durch die Gewerkschaft und durch ihre Arbeit innerhalb ihrer Organisation vollzog sich eine Umstellung in dieser Auffassung: es wuchs die Erkenntnis der Solidarität zwischen männlichen und weiblichen Berufstätigen.

Daß eine solche Entwicklung sich anbahnte, daß in den Köpfen der berufstätigen Frauen sich merklich eine Umwandlung vollzog, zeigten die wirtschaftlichen Kämpfe nach der Revolution. Auch die Frauen begannen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu erkennen, und diese Einsicht führte sie zu gemeinsamen Kämpfen an die Seite der männlichen Brufsgenossen.

Die Entwicklung der Frauenarbeit erlitt in der der Revolution folgenden Uebergangszeit eine jähe Unterbrechung, die nicht nur eine Folge des Zusammenbruchs und der damit eng verbundenen Arbeitslosigkeit und des Aufhörens der Kriegsindustrie war. Der Demobilmachungskommissar erließ eine Reihe von Verordnungen, die den Zweck hatten, den aus dem Felde heimkehrenden Männern die vor dem Kriege innegehabten Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Diese Bestimmungen, die lediglich für die Uebergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft gedacht waren, wurden in der Praxis weit strenger gehandhabt, als es im Sinne der Verordnungen lag. In der Hauptsache wurden sie gegenüber den erwerbstätigen Frauen angewandt, während man gegenüber den Männern, die Arbeitsstellen von Kriegsteilnehmern innehatten, mit der größten Rücksicht und Milde vorging.

Jedoch waren diese Verordnungen als ein Ausfluß der außergewöhnlichen Verhältnisse zu verstehen und mußten unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß es vor allem galt, den Kriegsteilnehmern die ohne ihr Verschulden verlorenen Arbeitsplätze wieder zu verschaffen. Leider blieb es nicht bei dieser Auffassung, sondern die Verordnungen wurden allmählich als eine Art von Erwerbstätigkeitsverbot für die Frauen ausgelegt, und diese Auffassung wurde immer allgemeiner, trotzdem die Reichsregierung die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen grundsätzlich wieder aufgehoben hat. Weite Kreise von Angestellten und Arbeitern glaubten, die Beseitigung oder Einschränkung der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit dadurch zu erreichen, daß sie die Forderung nach Beseitigung der sogenannten „Doppelexistenzen", d. h. nach dem Verbot der Berufsarbeit für die Ehefrau, wenn der Mann ebenfalls erwerbstätig ist, erhoben und die Demobilmachungsverordnungen in diesem Sinne ausgelegt wissen wollten. Insbesondere war es dem Betreiben des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu danken, daß eine solche Auffassung Wurzel faßte und die Stellung der Arbeiter und Angestellten beeinflußte. Die Haltung des Deutschnationalen Verbandes ist nicht weiter verwunderlich, denn dieser Verband, der aus seiner Abneigung gegen die Frauenberufsarbeit nie ein Hehl gemacht hat, würde am liebsten die vollständige Beseitigung der Frauenarbeit sehen. Unbegreiflich ist es nur, wie Arbeiter und Angestellte, die auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehen, dieser rückschrittlichen Auffassung Raum geben können.

Der 2. ordentliche Bundestag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, der am 6. und 7. Mai in Berlin tagte, hat gegen den Widerstand des Bundesvorstandes folgende beiden Anträge angenommen:

„Der Bundestag wolle beschließen, den Bundesvorstand anzuweisen, daß in Zukunft innerhalb der Geschäftsstellen **weibliche Angestellte nicht mehr beschäftigt werden dürfen**, deren Ehemänner in anderweitigem Beruf in der Lage sind, ihre Familie zu ernähren."

und ferner:

„Dem Bundesvorstand ist die Beschäftigung von Doppelexistenzen als Beamte oder Angestellte in Zukunft streng zu verbieten."

Die Anschauung, die in beiden Anträgen einer vom freigewerkschaftlichen Gedanken geleiteten Angestelltenorganisation hervortritt, widerspricht einer Grundanschauung der freien Gewerkschaft, die darin gipfelt, daß auch die Frau, genau wie der Mann, ein Recht auf Arbeit besitzt und auch ein Recht zur freien Berufswahl. Aus diesem Beschluß spricht nicht der Gedanke von der Solidarität zwischen Mann und Frau im Berufe, sondern eine Feindschaft gegenüber der Frauenarbeit, wie wir sie bisher nur beim Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband zu finden gewohnt waren. Hat doch ein Redner der Berliner Delegierten auf dem Bundestag auch ausdrücklich festgestellt, daß im Falle der Erwerbstätigkeit von Mann und Frau natürlich **die der Frau aufgehoben werden müsse.**

Auflösung der Selbstschutzverbände

Eine Probe aufs Exempel

Der Breslauer Bezirksausschuß hat vor einigen Tagen entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung, entgegen den klaren Gesetzen und entgegen den klaren Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages der Orgesch ein „rechtliches" Dasein zu verschaffen gesucht. Das hat die Breslauer Arbeiter veranlaßt, zum Schutze vor der Orgesch einen Selbstschutz des Proletariats ins Leben zu rufen. Als im Hauptausschuß des Preußischen Landtags der Vertreter unserer Fraktion auf diese Tatsache hinwies und ankündigte, daß die U. S. P. D. den gleichen Schritt unternehmen werde, wenn nicht schleunigst ein Gesetz geschaffen würde, das die Orgesch in jeder Form verbiete, machten die Vertreter der Reaktion lange Ohren. Sie wußten momentan nichts zu erwidern, wohl aber ist die reaktionäre Presse ob dieser Selbstverständlichkeit ins Toben geraten. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung" in der Ausgabe vom Freitag morgen:

„Das Wesen dieses „Selbstschutzes" charakterisiert sich schon daraus, daß die Begründung seines Zweckes eine Lüge, die Tat selbst aber ein Verbrechen bedeutet. Es ist nicht wahr, daß die Orgesch parteipolitische oder antirepublikanische Ziele verfolgt, ihre Zusammensetzung aus allen Kreisen und ihre Satzungen beweisen dies. Dagegen gehen die sozialdemokratischen Bestrebungen bewußt auf eine Spaltung des Volkes aus und scheinen letzten Endes auf die Schaffung einer revolutionären Garde auszugehen. **Dies ist die schwerste Versündigung am deutschen Volke und sollte von seiten der Regierung eine entsprechende Behandlung erfahren.** Hoffentlich läßt sich diese nicht von dem wachsenden sozialistischen Einfluß zur Duldung derartiger Bestrebungen bestimmen."

Die „Deutsche Tageszeitung" hat mit diesen Ausführungen den Gerichten, die evtl. über die Rechtsgrundlage eines Selbstschutzes der Arbeiter die Entscheidung treffen müßten, die Begründung vorweggenommen. Denn es ist nahezu mit Sicherheit zu erwarten, daß unsere heutigen Gerichte im Sinne der „Deutschen Tageszeitung" entscheiden würden. Nach dieser Auffassung hätte also Herr Escherich das Monopol, Selbstschutzorganisationen zu schaffen. Nur wenn die Arbeiter das gleiche tun, ist es ungesetzlich. Es ist wirklich schade, daß inzwischen **eine neue Verordnung des Reichspräsidenten** angekündigt wird, welche die **Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände verfügt.** Mit dieser Verordnung wird natürlich auch der Selbstschutz der Breslauer Arbeiter getroffen werden. Die Richter werden dadurch aus der unangenehmen Lage befreit, den Arbeitern zu verbieten, was sie den Reaktionären erlauben. Immerhin muß die Verordnung des Reichspräsidenten erst einmal abgewartet werden und die Wirkung, die sie praktisch auf die Orgesch auslöst. Die Arbeiter werden jedenfalls die Tätigkeit der Orgesch und ihre verschleierten Manöver genau verfolgen und in jedem Falle die Richter sowohl als auch die Regierung zwingen, mit offenen Karten zu spielen.

Der Beschluß der Breslauer Arbeiter war eine Probe aufs Exempel. Sie wird wiederholt und in erweitertem Umfange durchgeführt werden, sobald auch nur der Versuch unternommen werden sollte, die geschriebenen Gesetze zu umgehen. Gesetzlichkeit tötet! hat einmal August Bebel gesagt. Durch die Entscheidungen der Gerichte über die Orgesch sind heute die illegalen reaktionären Organisationen so stark in die Zwickmühle gedrängt worden, daß sie am besten durch die Gesetzlichkeit getötet werden können.

Eine Oberschlesien-Note der deutschen Regierung

Die deutsche Regierung hat den interalliierten Regierungen ein umfangreiches Schriftstück übergeben, das eine Zusammenstellung von Nachrichten enthält, durch die erwiesen wird, daß **die polnische Armee den Aufstand in Oberschlesien unterstützt.** Der einleitenden Note sind zahlreiche Anlagen beigefügt, deren Inhalt sich auf Aussagen von polnischen Gefangenen und Ueberläufern und auf Papiere stützt, die Gefallenen abgenommen worden sind. Daraus ergibt sich, erklärt die deutsche Note, das zielbewußte Streben der polnischen militärischen Dienststellen, in jeder Weise die polnische Aufstandsbewegung zu fördern. Die Note erklärt, daß die **Teilnahme von Angehörigen polnischer Truppenteile,** die namentlich genannt werden, einwandfrei festgestellt werden konnte. Nach Gefangenenaussagen seien auch **geschlossene polnische Truppenteile nach Oberschlesien gesandt** worden. Leute, die sich freiwillig nach Oberschlesien melden, empfangen beim Generalkommando in Posen Zivilkleidung, Geld, falsche Papiere und Marschbefehle. Das Ueberschreiten der polnischen Grenze vollzieht sich für den Nachschub noch immer ohne Schwierigkeit. Nach der Aussage eines Angehörigen der 23. polnischen Telegraphenabteilung besteht **eine für militärische Zwecke neu angelegte unterirdische Fernsprechverbindung von Sosnowice nach dem oberschlesischen Gebiet.**

Alle diese Feststellungen werden durch beigefügte Dokumente belegt. Die Note der Regierung schließt:

„Auf Grund dieser einwandfrei erwiesenen Tatsachen erhebt die Deutsche Regierung erneut nachdrücklichst **Einspruch gegen die Unterstützung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien durch Dienststellen und Angehörige der polnischen Armee.** Sie ersucht dringend, daß die Alliierten Regierungen nunmehr durch geeignete Maßnahmen die endgültige Sperrung der oberschlesisch-polnischen Grenze sicherstellen und damit dem vorstehend geschilderten Uebertritt polnischer Soldaten und Truppenteile sowie dem Nachschub über die Grenze ein Ende bereiten.

Gleichzeitig darf sie erwarten, daß seitens der Alliierten Regierungen der Polnischen Regierung nachdrücklichst und wirksam jede fernere, wenn auch nur verschleierte Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien untersagt wird."

Jouhaux und Praschma

Der Graf Praschma bestreitet in einer durch die Telegraphen-Union verbreiteten Nachricht, daß er die Jouhaux gegenüber gebrauchte Behauptung von den zahlreichen Tanks der interalliierten Streitkräfte in Oberschlesien in dem Sinne gebraucht habe, daß er die Anwendung von Gewalt wünsche. Er habe im Gegenteil gemeint, die Interalliierte Kommission verfüge über genügend Machtmittel, um auf unblutige Weise des Aufstandes Herr zu werden. Sie habe genügend Tanks, um den Polen einen Begriff von der Stärke der interalliierten Truppen zu geben. Graf Praschma habe, heißt es weiter, auch ausdrücklich von der Notwendigkeit einer Aussöhnung der Parteien gesprochen, aber allerdings dazugesetzt, die deutschen Arbeiter würden es nicht verstehen, wenn die aufrührerischen Elemente straffrei ausgehen würden.

Wenn Graf Praschma selbst die Anwendung von Gewalt öffentlich ablehnt, so kann man davon nur mit Befriedigung Notiz nehmen. Um die Auffassung der deutschen Arbeiter brauchte er sich indes keine Sorge zu machen.

Zusammenstöße zwischen Polen und Italienern

Oppeln, 24. Juni.

Nach hier vorliegenden Meldungen hat sich südlich Cosel in der Nähe von Klein-Rensa ein **heftiger Zusammenstoß zwischen italienischen Truppen und polnischen Insurgenten ereignet.** Einzelheiten fehlen noch. In Rybnik ist eine Kompagnie polnischer Pioniere zu Aufräumungsarbeiten eingetroffen. Die von den Polen aus Anlaß der Munitionsexplosion verhafteten Deutschen mußten freigelassen werden, da selbst die Insurgenten sich von der völligen Schuldlosigkeit der Verhafteten überzeugt haben.

Nicht Tüchtigkeit und Fähigkeit sollen für die Berufstätigkeit entscheidend sein, sondern einfach das Geschlecht, die Frau soll auch dann entlassen werden, wenn sie vielleicht den größeren Teil des Einkommens durch ihren Erwerb aufbringt.

In dieser Auffassung liegt aber auch die durchaus falsche Voraussetzung von dem geringeren Wert der Frauenarbeit gegenüber der Männerarbeit für die Volkswirtschaft, eine Auffassung, die von den Gegnern der Frauenarbeit verbreitet wurde und gerade durch die Kriegstätigkeit der Frau widerlegt worden ist. Haben doch selbst die Unternehmer anerkennen müssen, daß die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft in hohem Maße der Mitarbeit der Frau zu danken gewesen sei.

Noch schlimmer ist aber für die Entwicklung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, daß man in den Reihen der Arbeiter und Angestellten einen gefährlichen Gedanken großzieht: den Gedanken, daß die Arbeitslosigkeit durch Beseitigung der Frauenarbeit gemildert oder gar aufgehoben werde. Statt den Blick der Arbeiter und Angestellten auf die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit, die in dem kapitalistischen System liegen, zu lenken, nährt man in ihnen die Auffassung, daß vom Kampf gegen die Frauenarbeit und nicht von der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erhoffen sei.

Auf der anderen Seite erfährt durch die Haltung der männlichen Berufstätigen gegenüber den weiblichen die Entwicklung zum Gedanken der Solidarität aller Arbeitnehmenden eine schädliche Unterbrechung, die weiblichen Arbeiter und Angestellten vermögen dann nicht mehr in ihren Berufskollegen die Kampfgenossen zu erblicken, sie sehen in ihnen ihre Gegner, deren Interessen gegen sie gerichtet sind, und denen gegenüber sie sich zur Wehr setzen müssen.

Dadurch wird eine andere große Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung in greifbare Nähe gerückt: die Gefahr der Gründung besonderer Frauengewerkschaften. Für die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens würde eine solche Entwicklung einen ungeheuren Rückschritt bedeuten; denn diese besonderen Frauenorganisationen würden sich zu einem Hemmschuh für den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften gestalten. Das haben doch gerade die Angestellten in ihrem Kampf erfahren, daß sich die weiblichen Organisationen in das Schlepptau der reaktionärsten Organisationen nehmen lassen. Es fehlt der Rückhalt und die Schulung, wie sie die weiblichen Berufstätigen, denen der gewerkschaftliche Gedanke noch neu ist, nur innerhalb der gemischten Gewerkschaften finden können.

Noch können diese Gefahren vermieden werden, noch sind die weiblichen Erwerbstätigen für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen, lassen sich aber die Angestellten und Arbeiter gegenüber der Frauenarbeit von ganz rückschrittlichen Gedanken leiten, dann bringt die Aufhebung der Doppelexistenzen zwar nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, aber sie schafft in den weiblichen Berufstätigen einen Hemmschuh für den Kampf der freien Gewerkschaften, wie für den Kampf der gesamten Arbeiterbewegung.

Mont Cenis

Die Beerdigung der Opfer – Starke Teilnahme der Bevölkerung

Herne, 24. Juni.

Heute nachmittag wurden die Todesopfer des furchtbaren Schlagwetterunglücks auf Zeche Mont Cenis unter außerordentlich starker Teilnahme aus allen Kreisen der Bevölkerung und im Beisein von zahlreichen Vertretern der Industrie, der Bergbehörden, von Gemeindebehörden, Berufsorganisationen, Deputationen und Vereinen bestattet. Die Reichsregierung war durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Handelsminister durch den Bergrat Hatzfeldt vertreten. Ferner sah man im Trauergefolge den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Dr. Wuermeling, den Regierungspräsidenten König und den Berghauptmann Schanz als Vertreter des Oberberghauptmanns.

Ganz Sodingen hatte schwarzen Flaggenschmuck angelegt. Auf den Fördertürmen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks bis nach Hamm hinaus wehten zum Zeichen der Trauer die Fahnen auf Halbmast. Auf Wunsch der Angehörigen wurden die Leichen von 20 katholischen Knappen auf dem katholischen Kirchhof in Börnig in einem gemeinsamen Grabe der Erde übergeben. Hier hielt der Paderborner Bischof, Generalvikar Dr. Rosenberg, die Trauerrede. Unabsehbar war der Zug, der sich dann zum Gemeinde-Friedhof in Holthausen bewegte, wo 53 weitere Bergleute ebenfalls in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt wurden. Auf der Straße von Sodingen bis zum Friedhof von Holthausen bildeten Leidtragende Spalier.

Ernste Worte für die auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Bergleute und herzliche Trostesworte für die Angehörigen sprachen auf dem Friedhof in Holthausen der Generalsuperintendent Dr. Zöllner, der Generalvikar Dr. Rosenberg und der evangelische Ortsgeistliche.

Ein Zwischenfall entstand, als unvorhergesehener Weise am offenen Grabe in Holthausen ein Vertreter der Kommunisten und der Arbeiterunion das Wort ergriffen. Dann senkten sich die Fahnen der Korporationen und man rief den toten Kameraden einen letzten Gruß zu. Einige weitere Opfer wurden in ihren Heimatsorten beerdigt.

Beileid der französischen Bergarbeiter

TU. Bochum, 24. Juni.

Unter den vielen Beileidskundgebungen, die anläßlich der schweren Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis eingegangen sind, befindet sich auch ein Telegramm der französischen nationalen Bergarbeiterföderation an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Bochum.

Anfrage im Landtag

Die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion hat folgende große Anfrage an das Preußische Staatsministerium gerichtet:

Bekanntlich ereignete sich am 20. Juni auf der Grube Mont Cenis in Westfalen eine Schlagwetterkatastrophe. Nach Pressemeldungen sind bereits 83 Tote zu verzeichnen. Dieses Unglück ist wohl das größte, das den Ruhrbergbau seit der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche Radbod 1911 getroffen hat. Die Gefahr, daß sich ähnliche Grubenkatastrophen auch in Zukunft ereignen, ist nicht beseitigt.

Wir fragen deshalb das Staatsministerium, ob es bereit ist, Auskunft zu geben über die Ursachen des Unglücks?

Welche Maßnahmen gedenkt es zu ergreifen, solche Katastrophen für die Zukunft zu verhüten?

Ist es wahr, daß das Preußische Handelsministerium Vertreter zur Untersuchung nach der Unglücksstelle entsandte, aber keine Vertreter der Arbeiterschaft hinzuzog?

Der Umfang der Erwerbslosigkeit

In der Fortsetzung der Debatte über die Erwerbslosenfürsorge erklärt zunächst **Krüzig** (S. P. D.), daß die Situation furchtbar ernst ist. Der Textilarbeiter-Verband zählte bei 557 000 Mitgliedern rund **22 000 gänzlich Arbeitslose und 92 000 Kurzarbeiter.** Der monatliche Lohnverlust beträgt 11 Millionen Mark. Redner fordert scharfe Maßnahmen der Regierung gegen die unberechtigte Einfuhr von englischen Stoffen und dergleichen.

Abg. **Richter** (D. V.): Das Weltbild ist nicht rosig, ebenso auch nicht im Innern. Die Statistik über Kurzarbeit ist lückenhaft und gibt kein natürliches Bild. Abg. **Schumann** (S. P. D.) verweist auf den schlechten Zustand der Straßenbahnen und Kleinbahnen, wo Arbeitsmöglichkeiten bestehen, besonders in Berlin und anderen Großstädten.

Abg. **Brandes** (U. S. P.) begrüßt die Aussprache; von ihr würden die Arbeitslosen jedoch nicht satt. Es gelte deshalb, durch **Annahme der sozialdemokratischen Anträge** die Folgerung zu ziehen. Er wendet sich dann scharf gegen die Bemerkung im schriftlichen Bericht der Regierung über den Lohnabbau. Der Reallohn sei in den letzten 6 Jahren im Auslande dauernd gestiegen, für die deutschen Arbeiter und Angestellten dagegen dauernd gesunken. Versuche zum Lohnabbau bzw. zur Verlängerung der Arbeitszeit würden die heftigsten wirtschaftlichen Erschütterungen hervorrufen. Sei die Arbeitslosenfrage im wesentlichen eine Frage Berlins und Sachsens, so müsse beiden **auch vorzugsweise die Mittel zur produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werden.** Der

Bau der Berliner Nord-Süd-Bahn

liege aber noch immer still, obwohl mehr als 10 000 Arbeitslose sofort dabei beschäftigt werden können. Die Mitteilung, daß ganze 100 000 Wohnungen im Jahre 1921 gebaut werden, zeige, daß nur die Hälfte des normalen Jahresbedarfs fertiggestellt werde, zu dem Verlust der früheren Jahre mithin neue Verluste hinzukämen. Die für die Erwerbslosenfürsorge im Etat vorgesehene Summe sei im Hinblick auf die Milliarden für Liebesgaben an die Agrarier lächerlich gering. Sie müsse erheblich verstärkt werden. **Die Luxussteuer wirke verderblich** in einer ganzen Anzahl Industrien. Er zeigt an Beispielen aus der Kleineisenindustrie Iserlohns, Lüdenscheids und Schwertes die Notwendigkeit der sofortigen Beseitigung dieser Steuer, die volkswirtschaftlich in höchstem Grade schädlich wirke. Die Leipziger Behörde habe irrtümlich die Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen aufgehoben und könne jetzt nicht zurück. Die Folge sei die Einstellung von Personen z. B. in der **Metallindustrie Leipzigs,** weil sie gute Verbindungen haben, obwohl sie nach der Verordnung nicht eingestellt werden dürften. Dafür bleiben mehr als 3000 Metallarbeiter arbeitslos, obwohl sie zum großen Teil länger als 26 Wochen arbeitslos sind. Er verlangt Meldezwang und Zwang zur Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises für die Unternehmer. Die

Elbinger Schichauaussperrung

sei ein Skandal schlimmster Art. Die Löhne bei Schichau übersteigen kaum die Sätze der Erwerbslosenunterstützung. Dennoch sperrt diese Werft 70 000 Arbeiter zum zweiten Male aus und das Elbinger Gericht springt ihr bei durch Verbote des Streikpostenstehens, wie auch die Polizei sich morgens von 6 bis 8 Uhr in den Dienst dieses Scharfmachers stellt. Die Regierung habe alle Ursache, solcher Stillegung von Betrieben ein Halt zu gebieten. Die bürgerliche Presse jammere über das große Sterben der Kinder in Deutschland. Wenn nicht in ausreichender Weise für die Arbeitslosen gesorgt werde, würde diese rund ½ Million erwerbslosen Arbeiter und Angestellte gleichfalls Todesopfer dieser Zeit werden.

Abg. **Erkelenz** (Dem.) wünscht eine engere Umgrenzung der Luxussteuer. Er wendet sich in seinen weiteren Ausführungen einem von ihm eingebrachten Antrag zu, in welchem Vorschläge für Aufhebung der Arbeitslosigkeit gemacht werden.

Abg. **Simon** (U. S. P.): In meiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der Lederindustrie habe ich vor einiger Zeit eine Umfrage veranstaltet über die Höhe des Lohnes in anderen Ländern. Aus der Antwort ging hervor, daß in den befragten Ländern **der Lohn stärker gestiegen sei als die Kosten der Lebenshaltung.**

Abg. **Tremmel** (Zentr.) macht Ausführungen über die Papierindustrie und mehrere andere, wo große Gewinne erzielt wurden, während heute Arbeiter auf die Straße gesetzt werden.

Staatssekretär Hirsch und ein Vertreter des Arbeitsministeriums gingen zum Schluß der heute beendeten Generaldebatte auf einige aufgeworfene Fragen ein und nahmen Stellung zu den zuletzt eingegangenen Anträgen. Ersterer versicherte, daß die Luxussteuerfrage bereits geprüft werde. Die Regierung sei bereit, alles zu tun, um die große Not derjenigen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, zu beheben. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der zur nächsten Sitzung die vorliegenden Anträge sichten und das Ergebnis vorlegen soll. **Die Erwerbslosenanträge werden unter allen Umständen in der kommenden Woche verabschiedet werden.**

Das Lohnsteuergesetz

Der Steuerausschuß des Reichstages begann am Freitag die Beratung des Lohnsteuergesetzes. Von einer Generaldebatte wurde Abstand genommen, dagegen entspann sich gleich beim ersten Paragraphen eine lebhafte Diskussion über den Begriff des Arbeitslohnes. Die Vorschläge der Regierung lassen die Gefahr aufkommen, daß die Wirkung dieser Bestimmung auch eine Heranziehung der Beträge zur Steuerleistung zur Folge hat, die den Lohn- und Gehaltsempfängern für ihnen entstehende Unkosten (bei Monteuren, Handlungsreisenden usw.) gezahlt werden, obwohl doch kein Zweifel besteht, daß sie nicht Arbeitslohn sind. Auf diese Gefahr wiesen die Abgeordneten Rysel und Soldmann (U. S.) mit Nachdruck hin. Der Abgeordnete Keil (S.) betonte ebenfalls diese Bedenken. Zur Klärung dieser Frage und der Frage der Abzugsfähigkeit der Werbungskosten wurde ein Unterausschuß eingesetzt. Es ist ferner beabsichtigt, die Beratungen über den Gesetzentwurf so zu fördern, daß er noch vor der Vertagung des Reichstages verabschiedet werden kann.

Ludendorffs Hoffnung

Als Hauptmann Pabst aus der Reichswehr ausgeschieden war, gründete er gemeinsam mit dem berüchtigten Oberst Bauer und dem Generalverderber Ludendorff den Verband nationalgesinnter Soldaten. Diese Organisation sollte die Seele des monarchistischen Umsturzes bilden; beim Kapp-Putsch wurde sie in den Vordergrund des Treffens geführt. Trotz der Teilnahme am Hochverrat wurde gegen die Leiter dieser Organisation nichts unternommen. Diese haben inzwischen mit Hochdruck an dem Ausbau der Organisation gearbeitet; verschiedene Formationen der Reichswehr und Teile der Schutzpolizei sind ihr unbestrittener Besitzstand geworden. Die Organisation unterhält die engsten Beziehungen zu den beiden Deserteuren in Holland, und daß ihre Agitation im wahrsten Sinne des Wortes staatsgefährliche Formen angenommen hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß selbst ein Mann von dem Range des Generalobersten von Heeringen sich gezwungen sieht, in einem Schreiben an die Kriegervereine vor diesem Verband zu warnen. In dem Schreiben heißt es:

„Der V. n. S. treibt, wie uns mitgeteilt wird, in letzter Zeit eine erhöhte Propaganda und wendet sich damit auch an die Kriegervereine, indem er sie auffordert, sich seiner Organisation anzuschließen. **Der V. n. S. ist, wie der Nationalverband Deutscher Offiziere, eine Organisation ehem. Heeresangehöriger, die ausgesprochen politische Tendenzen, und zwar die Politik einer einzelnen Partei, der deutschnationalen, betreibt im Sinne des radikalsten Flügels dieser Partei.**"

Generaloberst von Heeringen, der Präsident des Kyffhäuserbundes, hat erst kürzlich ein offenes Bekenntnis zur Republik abgelegt. Wenn ein solcher Mann sich gezwungen sieht, vor dem V. n. S. zu warnen, sollte für die Regierung um so mehr Grund vorliegen, einmal nach dem Rechten zu sehen. Wir haben schon wiederholt auf die Tätigkeit dieses Verbandes aufmerksam gemacht (Skagerrakfeier). Es würde sehr im Interesse der Republik liegen, wenn die Warnung endlich zu einem positiven Erfolg führen würde.

Die Entente gegen das Reichsgericht

Graf Westarp sagte dieser Tage in einer Rede in Leipzig, das Reichsgericht sei das anerkannt beste Gericht der Welt, aber weder in Deutschland noch im Ausland wird er mit dieser „Konstatierung" viele Gläubige finden. Gerade die Arbeiterklasse Deutschlands ist sich darin einig, daß das Reichsgericht das Gegenteil des anerkannt besten Gerichts der Welt ist, und im Ausland hat die gleiche Auffassung seit den Verhandlungen gegen die Kriegsverbrecher ebenfalls Platz gegriffen.

Der Unterschied besteht nur darin, daß wir in Deutschland der vom Reichsgericht geübten Justiz vorläufig noch preisgegeben sind, während das Ausland bzw. die der Entente angehörenden Länder die Möglichkeit haben, die Urteile bzw. die Freisprüche der Kriegsverbrecher einer Revision zu unterziehen. Und daß sie angesichts des Freispruchs des Studenten Ramdohr und des Kapitänleutnants Neumann, welcher ein britisches Hospitalschiff versenkte, von diesem Einspruchsrecht Gebrauch machen, darf um so weniger wunder nehmen, weil in Deutschland angesichts seiner ganz besonderen Rechtsprechung eine Verurteilung solcher Verbrecher ausgeschlossen ist. Im englischen Unterhaus hat die Regierung bereits angekündigt, daß sie nach Erledigung der französischen Fälle gemeinsam mit den anderen Alliierten Schritte unternehmen werde, und in der belgischen Kammer erklärte der Justizminister, daß Belgien die Aburteilung aller Beschuldigten verlangen werde, insbesondere derjenigen, auf deren Anordnung die Grausamkeiten in Löwen, Andenne und Grammont zurückzuführen sind.

Der 3. Kongreß der 3. Internationale

O. E. Riga, 24. Juni.

Die russische Delegation zum Kongreß der Dritten Internationale zählt 50 Mitglieder, von denen jedoch nur 21 stimmberechtigt sind, und besteht u. a. aus Lenin, Sinowjew, Trotzki, Lunatscharski, Komenew, Dserschinski, Steklow, Radek, Bucharin, Losowski und Alexandra Kollantaj. Zum Ehrenvorsitzenden wurde neben Lenin und Trotzki auch Brandler, der Vorsitzende der V. K. P. Deutschlands, gewählt. In einem Interview äußerte Sinowjew, der wieder zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden ist: Die Aufgabe des dritten Kongresses der 3. Internationale bestehe darin, **die Periode des Entscheidungskampfes vorzubereiten.** Es sei dies um so mehr geboten, als die Kräfte des Proletariats sich nunmehr organisiert und in allen Ländern gefestigt hätten. Der Kongreß soll die Taktik der Partei für den ganzen Verlauf der Weltrevolution bestimmen, die Notwendigkeit des Kampfes mit den „gelben" Syndikaten und hauptsächlich mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund proklamieren und endlich die Grundlagen für die Propaganda im Orient ausarbeiten. — Das Exekutivkomitee der 3. Internationale verhandele über die Frage der Aufnahme der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Obgleich diese Partei die bekannten 21 Punkte angenommen hat, wurde ihre Aufnahme beanstandet, und zwar mit dem Hinweis, daß die Partei auch nichtkommunistische Elemente, wie Smeral, einschließe. Die Aufnahme der tschechoslowakischen Partei wurde unter der Bedingung beschlossen, daß im Laufe von drei Monaten die tschechische und die deutsche kommunistische Partei der Tschechoslowakei sich vereinigen. In der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale sollen der **Märzaufstand in Deutschland** und die Frage des **Ausschlusses Paul Levis** aus der Partei zur Sprache kommen.

Sinowjew findet also, daß das Proletariat nun genügend gefestigt und organisiert sei, so daß es nur noch gelte, den Entscheidungskampf vorzubereiten. Wie ein solcher nach Moskauer Vorschrift und Marschtempo aussieht und wohin er führt, haben wir eben erst in Mitteldeutschland erlebt. Diesem Umstande ist es zu danken, daß die deutsche Arbeiterschaft solchem Schwatz des Sinowjew keinen Glauben mehr schenkt. Namentlich hat sie auch erfahren, daß die Schüler Moskaus das Proletariat bisher nur auseinander organisiert und durch Niederlagen geschwächt hat. Also kann das Geschwätz, das Sinowjew verbreitet, in Deutschland nur noch Gelächter und Mitleid hervorrufen.

Die Reparationen

Aenderung des Zahlungsverfahrens

Paris, 24. Juni.

Die Reparationskommission hat sich mit einer Aenderung des Zahlungsverfahrens für die deutsche Reparationsschuld befaßt, die darauf hinzielt, der deutschen Regierung die Verpflichtung zu erlassen, auch ihre späteren Zahlungen in amerikanischen Dollars zu liquidieren.

Der soziale Ausschuß des Reichstages erledigte am Freitag das Wehrmachtversorgungsgesetz in zweiter Lesung. Es soll versucht werden, das Gesetz noch in der gegenwärtigen Reichstags-Session zu verabschieden. Sodann trat der Ausschuß in eine Besprechung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Versorgungen der Altrentner ein. Der Entwurf soll dem Reichstage ohne Abänderungen zur Annahme empfohlen werden. Zum Schluß erledigte der Ausschuß noch einige Petitionen.

Nationalistisches Maskenspiel. Der Bürgerrat, der Kreiskriegerverband und zahlreiche Freunde und Körperschaften in Nordhausen haben beschlossen, als Genugtuung für die dem Generalfeldmarschall Hindenburg bei seiner Durchreise zugefügten „Kränkungen", hervorgerufen durch Arbeiterdemonstrationen gegen den großen Schlächter, einen Hindenburgumzug zu veranstalten und eine Abordnung nach Hannover zu entsenden, die dem Generalfeldmarschall ein Huldigungsschreiben darbringen soll. Sie können eben nicht von ihren blutigen Götzen lassen.

Verbot des „Völkischen Beobachters" in München. Das Erscheinen des „Völkischen Beobachters", des bekannten antisemitisch-nationalistischen Hetzblattes in München, wurde, wie uns von dort gedrahtet wird, auf einem Monat verboten.

Steuerdebatten — Milliarden für die Reichswehr

Deutscher Reichstag

Eröffnung der Sitzung 1 Uhr 20 Min. — Löbe präsidiert.

Kleine Anfragen

Eine Anfrage der Deutschnationalen „stellt fest", daß Radek in Deutschland anwesend, in Berlin gesehen worden sei. Sie fragen, was die Regierung gegen das „Treiben russischer Agitatoren" zu tun gedenkt.

Ein **Regierungsvertreter:** Die Regierung hat nicht feststellen können, daß Radek in Deutschland war. Sie hat sich nach Moskau gewandt, eine Antwort aber bis jetzt noch nicht erhalten. Der Regierungsvertreter verliest auf Wunsch der Deutschnationalen eine Liste von in Deutschland anwesenden russischen Persönlichkeiten, die aber nach Namen und Titel durchweg zu den Monarchisten zu zählen sind.

Abg. **Frau Ziegler** (U. S. P.): Bei der Firma Benz (Motorenbau), Mannheim, wurden 270 Arbeiter entlassen; weitere Entlassungen stehen bevor. Dabei sollen Aufträge von vielen Millionen aus Wiederaufbaumitteln an Konkurrenzfirmen vergeben sein. Am 1. Juli sollen auch 280 Angestellte der Firma Benz gekündigt werden. Hat das Reich keinen Einfluß auf die Verteilung der Arbeit an die einzelnen Betriebe? Sind in nächster Zeit weitere Vergebungen in Oelmotoren zu erwarten? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Entlassung von 280 Beamten und weiteren 280 Arbeitern (was einer Schließung des Betriebs gleichkäme), zu verhindern?

Ein **Regierungsvertreter** antwortet: Die Regierung enthalte sich grundsätzlich der Einflußnahme auf die Verteilung, um die Behörden von dem Verdacht der Beeinflussung freizuhalten.

Abg. **Bartz** (Komm.) fragt an, was die Regierung gegen die unberechtigte Festhaltung von Telegrammen, die von der kommunistischen Zentrale aufgegeben worden waren, zu tun gedenkt und wie sie in Zukunft solche Verstöße gegen die Reichsverfassung, wie sie durch untergeordnete Behörden erfolgen, verhindern wolle.

Ein **Regierungsvertreter** antwortet: Die Telegramme sind in Rücksicht auf das öffentliche Wohl von der Beförderung und Bestellung ausgeschlossen worden, weil angenommen wurde, bei den Aufforderungen zu Massenkundgebungen, insbesondere gegen die weiße Justiz und für die Freilassung politischer Gefangener, könnte angesichts der damals großen Erregung über die angeblich harten Strafen eine irregeleitete Menge zur gewaltsamen Befreiung der Gefangenen die Gefängnisse stürmen.

Abg. **Bartz** (Komm.): Ist die Regierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, ob nach ihrer Meinung der Wortlaut der Telegramme gegen die Verfassung verstoßen hat; weiter, ob nach ihrer Meinung lediglich auf die Vermutung, es könnte etwas geschehen, die Gesetze außer Kraft gesetzt werden könnten?

Der **Regierungsvertreter:** Die Regierung hat mich zu weiteren Auskünften nicht ermächtigt.

Der Gesetzentwurf betr. Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich wird der Ausschußberatung überwiesen. Der Gesetzentwurf betr. Ueberleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit wird in zweiter und dritter Lesung debattelos verabschiedet.

Verlängerung der Gültigkeit des Kohlensteuergesetzes

Abg. **Ryssel** (U. S. P.): Ich bitte Sie, dem Antrage auf Ablehnung des Artikels 1 des Gesetzentwurfs zuzustimmen. Das Kohlensteuergesetz ist das unsozialste Gesetz, eine indirekte Steuer, die nicht nach dem Besitzstand des einzelnen fragt und den Aermsten am meisten belastet. Meine Fraktion hat in allen Lesungen gegen die Kohlensteuer gestimmt, und wir können auch der Verlängerung des Gesetzes nicht zustimmen. Wir haben beantragt, dem Reichstage eine Vorlage über die

Sozialisierung der Kohlenwirtschaft

zu machen. Die Regierung ist darauf bis heute nicht eingegangen. Wir haben diese Angelegenheit auch im Ausschuß berührt. Da erklärt der Abg. **Helfferich**, die Frage sei undiskutabel. Von anderer Seite wurde gesagt, in den zehn Tagen, die noch zur Verfügung stehen, sei die Sozialisierung nicht durchzuführen. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird weiter herabgedrückt, denn weitere Verteuerungen stehen in sicherer Aussicht. **Auch unsere Anträge, die Hausbrandkohle frei zu lassen, wurden abgelehnt.** Im letzten Winter haben viele Leute keine Kohlen kaufen können. Die Folge war die Zunahme der Kriminalität. Große Waldbestände wurden abgehauen. Bei einer weiteren Verteuerung der Kohle würde sicher dasselbe wieder eintreten. Vor etwa einem Jahre meinte der jetzige Reichskanzler Dr. Wirth, die Ausschaltung des Zwischenhandelsgewinnes muß herbeigeführt werden. Geschehen ist aber bis heute nichts. Die herrschenden Klassen stimmen jetzt gegen jede Sozialisierung. Es ist bezeichnend, daß es ein Demokrat war, der da sagte, daß an eine Sozialisierung jetzt nicht zu denken sei. Vor den Wahlen zur Nationalversammlung vertraten auch die Demokraten den Standpunkt, daß die dazu reifen Betriebe sozialisiert werden müßten. Heute wollen sie davon nichts mehr wissen, weil die Interessenten sich dagegen ausgesprochen haben. Wir fragen die Regierung, ob und wann sie gewillt ist, den am 30. Juli 1920 vom Reichstage gefaßten Beschlusse nachzukommen. Es ist die große Masse der werktätigen Bevölkerung, die die Umwandlung der Kohlenwirtschaft erwartet. Die Gewerkschaften haben einmütig diese Forderung erhoben. Die Arbeiterschaft will von Palliativ-Mittelchen, wie das der kleinen Aktie, nichts wissen. Und nicht nur die Arbeiterschaft. Die kleine Aktie bedeutet die

Verewigung der Monopolisierung der privaten Kohlenförderung

und eine „Allianz" zwischen Kohlenkapitalisten und Belegschaft auf dem Rücken der Konsumenten. Ich möchte dabei noch auf eins hinweisen. Die neue Regierung kann, nachdem der damalige Reichsfinanzminister, der sich für die Ausschaltung des Zwischenhandels aussprach, Reichskanzler geworden ist, unmöglich an einem im Juli 1920 angenommenen Antrag, die Regierung solle das Gutachten der Sozialisierungskommission einfordern und daraufhin dem Reichstage eine Vorlage machen, vorübergehen. Seit Oktober 1920 liegt dem Reichstag ein Antrag unserer Fraktion auf Sozialisierung der Kohle vor. Wir erheben nicht den Anspruch, das Problem restlos gelöst zu haben. Sozialisierung der Kohle ist auch noch nicht Verwirklichung des Sozialismus. Wir kennen sehr wohl die Schwierigkeiten, die dem in der heutigen Zeit entgegenstehen. Aber der Antrag bietet die Möglichkeit, den Anfang zu machen. Wir bedauern, daß der Reichstag seit Oktober 1920 keine Zeit gefunden hat, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Mit der Ablehnung des Artikels 1 des Gesetzes wollen wir der Regierung Veranlassung geben, unserem Antrage nachzukommen. Falls unser Antrag auf Ablehnung nicht angenommen wird, werden wir für den Ausschußantrag stimmen, weil er entgegen der Regierungsvorlage eine Abschwächung der Steuer bedeutet. **Der Plan, die Steuer allgemein zu erhöhen, ist durch Streichung der betreffenden Bestimmung zunichte geworden.** (Beifall b. d. U. S.)

Abg. **Löffler** (S. P. D.): Die Gestehungskosten der Kohle in Niederschlesien stellen sich anders als im Ruhrgebiet, deshalb müssen auch bei der Steuer Unterschiede möglich sein. Verzichten kann das Reich auf die 5½ Milliarden nicht, welche die Kohlensteuer bringen wird. Deshalb werden wir den Antrag der Unabhängigen, nur soweit er sich auf die Sozialisierung bezieht, annehmen.

Es erfolgt die Abstimmung. Der Artikel 1 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Bei der Abstimmung über die Entschließung der Unabhängigen Fraktion, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag Vorschläge über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und des Kohlenhandels zu unterbreiten, bleibt das Resultat zweifelhaft. Es erfolgt Hammelsprung. Für den Antrag stimmen 99, dagegen 122. Das Haus ist beschlußunfähig.

Der Präsident vertagt die Verhandlung. Nächste Sitzung 2¾ Uhr.

Die zweite Sitzung

Es wird in der Beratung des Kohlensteuergesetzes fortgefahren.

Abg. **Hertz** (U. S. P. D.) stellt fest, daß die Resolution seinerzeit im Reichstag einstimmig angenommen wurde, heute ist also eine Abstimmung überflüssig. Es ist aber wohl zweckmäßig, Sie an diese Entschließung zu erinnern, denn Sie können durch eine andere Abstimmung heute den damaligen Beschluß nicht aus der Welt schaffen.

Hierauf erfolgen die Abstimmungen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die dritte Beratung des Entwurfs betr. den Staatsgerichtshof ein.

Abg. **Herzfeld** (Komm.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie den Entwurf ablehnen und gibt eine längere Begründung seines Standpunktes. Die Abstimmung wird ausgesetzt, da dazu die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Reichstages erforderlich ist.

Reichsnotopfer

Abg. **Helfferich** (Dnat.) erstattet den Bericht des Ausschusses. Das Gesetz verfolgt den Zweck einer beschleunigen Erhebung des Reichsnotopfers.

Abg. **Ryssel** (U. S. P. D.): Herr Helfferich hätte besser statt von Verbesserungen von Versuchen zur Verbösserung sprechen können, wenn auch nicht alle Versuche geglückt sind. Jetzt wird sogar die Sache so darzustellen versucht, z. B. in der „Deutschen Tageszeitung", das Reich sei gar nicht in Not. Wenn man von Härten redet, so gibt doch der § 27 Möglichkeiten genug, Abhilfe zu schaffen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Gesetz durchaus nicht mehr zeitgemäß ist, weil dabei nur die Vermögen von 1919 berücksichtigt werden. **Wir erwarten, daß die Regierung, sobald als möglich, eine Vorlage zur beschleunigten Einziehung der weiteren Zweidrittel vorlegen wird.** Wir verlangen, daß der Besitz zu den Folgen seiner Politik herangezogen wird. Bis jetzt ist lediglich der Versuch unternommen worden, die Besitzlosen auf Heller und Pfennig heranzuziehen.

Abg. **Becker** (D. V.) wendet sich gegen die Behauptung Rysels, daß der Besitz geschont sei. Ein großer Posten Steuer sei auch von andern als Lohn- und Gehaltsempfängern eingegangen.

Abg. **Kurt Geyer** (Komm.): Der Angestellte und Arbeiter ist mehr belastet als die besitzenden Klassen, die es meisterhaft verstanden haben, sich von der Besitzsteuer zu drücken. Wenn wirklich schon 10 Milliarden Papiermark aus der Besitzsteuer eingegangen sind, so fällt das gar nicht ins Gewicht.

Abg. Dr. Hertz (U. S. P. D.):

Wenn bei der Lohnsteuer umfangreiche Schiebungen durch die sogenannten Aufwandsentschädigungen, wie sie bei Direktoren usw. üblich sind, gemacht werden, so hat das zur Folge, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger noch stärker zu den Steuerleistungen herangezogen werden. Dagegen haben wir heute im Ausschuß Sicherungen schaffen wollen. Alle Versuche, das Gehalt in reines Gehalt und andere Einnahmen zu teilen, um es zum Teil der Steuer zu entziehen, werden unsern stärksten Widerstand finden. Wir verlangen andererseits aber auch Sicherungen dagegen, daß Bezüge von Arbeitern, die nicht Lohn darstellen, nicht zu Unrecht versteuert werden. Die Darstellung des Abg. Rysels ist einwandfrei. Daß die Besitzsteuern nicht zu hoch waren und auch nicht von den Besitzenden getragen worden sind, steht fest. Redner zitiert dafür die Schrift des Prof. Bühler. Außerdem zeigt das die Wirkung aller Steuern auf die Lebenshaltung. Bei den Besitzsteuerpflichtigen ist von einer Einschränkung der Lebenshaltung nicht das Geringste zu merken, während die Steuern bei den Minderbemittelten starke Einschränkungen des Lebensbedarfs zur Folge hatten. Die Besitzenden können bei den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen ihre Steuern leicht abwälzen. Ich empfehle Ihnen in der Broschüre von Kurt Heinig: „Stinnes und seine 600 000 Arbeiter" nachzulesen, was über die Steuerleistungen des Herrn Stinnes gesagt ist. Wenn die Besitzsteuern so unerträglich hoch wären, und die Produktionsfähigkeit lähmten, so ist es völlig unerfindlich, daß gerade der **wichtigste Kapitalist unter der Herrschaft der Besitzsteuern seine Betriebe so außerordentlich hat ausdehnen können.** (Lachen rechts. Beifall bei den U. S.).

Abg. **Helfferich** (Dnat.): Unsere Anträge wollten nicht den Besitzenden helfen, sondern nur den Kleinrentnern. Die Behauptung, daß die Besitzenden noch keine Opfer gebracht hätten, ist eine Unwahrheit. Sie haben 1920 allein 15 Milliarden aufgebracht.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Ich hätte nicht geglaubt, daß die Verabschiedung des Notopfers Anlaß zu solchen Debatten geben könnte. Wie kann Abg. Geyer sich die Behauptung aus den Fingern saugen, daß die Lohnsteuer eine Verschärfung der Einkommensteuer sei? Derartig törichte Behauptungen sollte man nicht für möglich halten. Zu einer Attacke gegen die Regierung liegt gar kein Grund vor. Die Unterstützung aller Parteien, die mitarbeiten wollen, ist uns willkommen, von einer Stellungnahme gegen die Arbeiter kann keine Rede sein. Wir wollen sachgemäß arbeiten, und ich erkenne vor allem an, daß der Stichtag vom 31. Dezember 1919 beim Notopfer denkbar unglücklich gewählt war. Wir erkennen das ungeheure Opfer an, das gerade die reinen Kapitalempfänger gebracht haben, die Geldentwertung hat dafür gesorgt, daß namentlich der Mittelstand das Opfer der großen politischen Katastrophe geworden ist. Deshalb haben wir nachzuprüfen, **inwiefern die Goldwerte bei den neuerlichen Steuervorschlägen besonders herangezogen werden können.** Bei dieser ruhigen objektiven Prüfung müssen wir ohne Kampf zwischen links und rechts vorgehen und die Streitaxt begraben. Nur die sind gefährlich, die sich hier hinstellen und törichte Reden halten, ohne mitgearbeitet zu haben.

Vizepräsident **Bell:** Gegenüber dem Herrn Reichskanzler muß ich feststellen, daß im Reichstage niemals törichte Reden gehalten werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Keil** (S. P. D.): Wir werden trotz einiger Bedenken der Vorlage zustimmen. Die Frist zur Zahlung in Kriegsanleihe ist verlängert worden, obwohl hierdurch nur die Besitzenden berührt werden. Gerade die Besitzenden, die in der Lage waren, durch **Scheingeschäfte sich der Wirkungen der Gesetzgebung zu entziehen, müssen jetzt besonders angefaßt werden.**

Abg. **Kurt Geyer** (Komm.): Bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Steuern werden sich die heftigsten politischen Kämpfe entspinnen. Im übrigen kann ich dem Reichskanzler versichern, daß er an den Besitzenden scheitern wird. Diese sind stärker als der Reichskanzler. Nur das Verhalten der Rechten trägt die Schuld an der unerträglichen Belastung der ärmeren Schichten.

Abg. Ryssel (U. S. P. D.):

Als ich vorhin sagte, bis jetzt sei lediglich der Versuch unternommen worden, die Besitzenden heranzuziehen, rief Herr Helfferich: „Unerhörte Unwahrheit!" Ich habe diese Worte aber lediglich auf die Worte des Reichskanzlers in seinem Programm bezogen, worin er sagte, daß der Besitz herangezogen werden müsse. Zur Ausführung dieses Programms ist bisher nur der Versuch unternommen, die Nichtbesitzenden bis zum letzten Heller und Pfennig heranzuziehen. Herr Becker sprach von Verantwortungsgefühl, derselbe Her Becker, der heute früh im Ausschuß mit uns derselben Meinung war, daß das Lohnsteuergesetz unmöglich in der vorgelegten Form angenommen werden könnte. Trotzdem vollführte er eine Kanonade gegen mich. Ich vertrete die Interessen **der Nichtbesitzenden, Sie die Interessen der Besitzenden, dabei werden wir uns nie einigen.** Wir sind nicht dafür zu haben, mühelos erworbene Vermögen steuerfrei zu lassen. Auf der Rechten hat man immer Angst, daß der Dr. Helfferich aus der Kriegszeit hier immer wieder festgenagelt wird. (Lachen rechts.)

In der hierauf folgenden Abstimmung wird die Vorlage sowohl **in zweiter wie in dritter** Lesung **angenommen.**

Darauf wird die **zweite Beratung des Nachtragsetats** fortgesetzt. Der Etat des Reichswirtschaftsrats wird bewilligt. Der Ausschuß beantragt, die überflüssige Arbeit bei Vorbereitung der Gesetzesvorlagen zu vermeiden und die freie Eisenbahnfahrt für Reichswirtschaftsratsmitglieder auf die Fahrt zwischen dem Wohnort und Berlin und auf die Zeit der Tagung zu beschränken.

Abg. **Scholz** (D. Vp.): Die Entziehung der Freifahrtkarten für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats in dem bisherigen Umfange könnte doch als Verärgerungspolitik erscheinen. Schlagen Sie doch an Ihre eigene Brust und fragen Sie sich, ob es Ihnen angenehm wäre, wenn Ihnen die freie Eisenbahnfahrt entzogen würde.

Abg. **Hoch** (Soz.) tritt diesen Ausführungen entgegen.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden angenommen.

Bei dem **Nachtragsetat für das Reichswehrministerium** spricht

Abg. Künstler (U. S. P. D.):

Bei Beratung der Beamtenbesoldungsreform, bei den Anträgen der sozialistischen Parteien zur Erwerbslosenfürsorge auf Bereitstellung ausreichender Mittel, Erhöhung der Renten der Arbeitsinvaliden wurde immer wieder auf die traurige Finanzlage des Reiches hingewiesen. Handelt es sich aber darum, den armen schwerleidenden deutschen Reedern Milliardengeschenke zu machen oder die kümmerlich dahinlebenden Großagrarier, wenn auch nur mit einigen Milliarden zu unterstützen, finden sich die bürgerlichen Parteien des Hauses immer dazu bereit. Kommt aber erst der Etat für unsere herrliche Reichswehr zur Verhandlung, dann glänzen die Augen der frommen Militärs. Und ein Bewilligungseifer zeigt sich, daß die Herren Generale so recht ihre Freude haben. Dann treten in den Kommissionen sowohl wie im Plenum noch die Herren Sachverständigen auf und versuchen nachzuweisen, daß hier und da eigentlich viel zu wenig eingestellt sei und verständnisvoll gibt man: ja, wenn die Sache so ist, dann müssen Mittel aufgebracht werden. Nachdem der Reichswehr im Frühjahr 5 Milliarden in den Rachen geworfen worden waren, verlangt man

heute weitere drei Milliarden.

Weitere Milliarden sollen dem Volk und seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen entzogen werden. Durch derartige, nicht zu rechtfertigende Ausgaben wird die ohnehin starke Schuldenlast des Reichs noch weiter vermehrt und dem verarmten Volke werden neue Steuern auferlegt. Das Geld für Arbeitslose belastet die Reichsfinanzen von Tag zu Tag sehr. Die Schiffswerften künden eine Entlassung von 30 000 und mehr Arbeitern an. Hunderttausende von Männern werden gezwungen, zu feiern, haben nicht die Mittel zur Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel, nicht die Mittel, sich zu kleiden. Und hier gibt man Milliarden aus. Wenn man nur berechnet, was die zwei Feldpröbste bekommen sollen: sie belasten den Etat mit 293 070 M. Im ganzen betragen die Kosten für die 14 in Betracht kommenden Herren weit über 1 Million Mark. So sieht es in den meisten Kapiteln und Positionen aus. Ich will natürlich den Herren nicht Unrecht tun. Hin und wieder verstehen sie zu sparen. So gewahren wir, daß man die bisher eingestellten **10 000 M. für Bibliotheken einfach streichen will bis auf 7500 M.** Diese verschwindend kleine Summe soll also noch gekürzt werden. Noch heute werden Paraden aller Art abgehalten vor ehemaligen Prinzen, Angehörigen der Hohenzollern-Dynastie. So erst kürzlich in Spandau. Wir fragen an, was gedenkt das Reichswehrministerium zu tun,

um diese Militär-Spielerei zu unterbinden?

Weiter interessiert es uns, wer die Kosten dieser Spielereien trägt. Wir wollen auch auf die Gewaltherrschaft hinweisen, die der Oberstkommandierende in Ostpreußen ausübt. Er führt dort ein Regiment, das sich nicht nur gegen Kommunisten und Unabhängige, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied richtet. Unserer Meinung nach gehört dieser Herr längst hinter Schloß und Riegel. Kein Volksvertreter kann angesichts dieser großen Summen Bewilligungsfreude zeigen, Milliarden für ein Instrument bereitzustellen, das in seinem ganzen Aufbau nicht eine Stütze der Republik, sondern eine Stütze und Zuflucht all jener Kreise ist, die da glauben, durch irgendeinen Gewaltstreich **uns wieder niederlegen zu können.** Kein Pfennig darf nach unserer Auffassung für die Reichswehr bewilligt werden, vor allem nicht in einer Zeit, wo so viele Arbeiter unfreiwillig auf dem Straßenpflaster liegen. Dann haben wir auch einmal anzufragen, was aus der

Abrechnung hinsichtlich des Baltikum-Abenteuers

geworden ist. Als im Frühjahr d. J. der Haushaltsausschuß den Etat des Reichswehrministeriums beraten hat, stellte ich die Anfrage, wie hoch sich die Kosten für das Baltikum-Abenteuer belaufen. Damals wurde mitgeteilt von dem bekannten Oberst Kerschenstein, daß die Abrechnung so überaus schwierig gar nicht sein könne. Vier Monate sind seitdem ins Land gegangen, nun aber bitte ich abermals um Auskunft. Vielleicht kann in den nächsten vier Monaten etwas geschehen. Vielleicht kann auch dann zu gleicher Zeit die Abrechnung präsentiert werden über die Schäden, die die nationalistischen Banden in Oberschlesien angerichtet haben. Wir verlangen restlosen Aufschluß. Weiter fordern wir, daß diese Herren für ihre Streiche zur Rechenschaft gezogen werden, daß nicht nur die Verirrungen von der Linken bestraft, sondern auch die **Verbrechen von rechts gesühnt werden,** damit den unverantwortlichen Treibern ein- für allemal das Handwerk gelegt wird. Wir lehnen die Milliardenforderungen des Reichswehretats ab. Beifall b. d. U. S. P.)

Der Haushalt wird genehmigt. — Berichte des Volkswirtschaftlichen Ausschusses werden ohne Aussprache genehmigt.

Die erste Lesung der Vorlage zur **Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte wird fortgesetzt.** Nach Reden der Abgg. Lambach (Dnat.), André (Zentr.), Thiel (D. Vp.) erklärt

Abg. Aufhäuser (U. S. P. D.):

Die Unzufriedenheit unter den Angestellten besteht schon solange das Gesetz in Kraft ist. Diese neue Vorlage sieht nur die Erhöhung der Beiträge vor, läßt aber leider sonst alles andere ungeändert. Das Notgesetz will nur die Not der Versicherung, **aber nicht die der Versicherten beheben.** Auf die von der Rechten geforderte Durchpeitschung des Gesetzes lassen wir uns nicht ein. Maßgebend bei der Vorlage war der politische Gedanke, Arbeiter und Angestellte voneinander zu trennen. Wir werden uns bemühen, an Stelle dieser Sonderversicherung eine **wirklich soziale, einheitliche Versicherung der Arbeiter und Angestellten zu setzen.** (Lebh. Beifall b. d. U. S.)

Abg. **Bartz** (Komm.): Die Vorlage ist ein jämmerliches Flickwerk und muß ersetzt werden durch ein großes Gebäude des Versicherungswesens, das alle Schichten umfaßt.

Die Vorlage geht an den sozial-politischen Ausschuß. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend, 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Nachtragsetats. Schluß: gegen 7 Uhr.

Das Reichsmietengesetz

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen behandelte einen Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 19. Mai 1920. Danach soll die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. März 1922 verlängert werden. Der Ausschuß stimmte dem Gesetzentwurfe ohne wesentliche Aenderung zu. Es folgte eine Besprechung über das Reichsmietengesetz. Von deutschnationaler Seite wurde ausgeführt, daß dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei, da es die Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens bedeute und die schwersten Folgen für das Grundeigentum nach sich ziehe.

Deutschlands Reparationszahlungen. Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler Chamberlain, der Wert der von Deutschland getätigten Reparationslieferungen betrage mehr als 6 Milliarden Goldmark.

Saison-Ausverkauf

Große Preisherabsetzung

Besonders zu empfehlen: **Konfektion ▲ Stoffe ▲ Wäsche**
Leinen und Baumwollwaren
Herren-Artikel ▲ Schuhwaren ▲ Strümpfe

H. Joseph & Co.
Neukölln, Berliner Strasse 51-55.

Alles in den Schatten stellend sind unsere jetzigen Preise
Herren-Anzüge, teils a. Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 m.
Fern. **Kreuzfüchse, Sealmäntel** usw. **50% herabgesetzt.** Keine Lombardw.
Leihhaus Brunnenstraße 5

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk., jetzt für **400—500 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig!** Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardwaren.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Die lange Jule

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: Die Lokalbahn

Staatstheater.
Opernhaus
7½ U.: Josephs-Legende, Till Eulenspiegel, Silhouetten
Schauspielhaus
7 Uhr: Glück im Winkel

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ U.: Zwei glückliche Tage

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
(Schultz, Riemann, Bildt)

Berliner Theater:
DAS Milliarden SOUPER
7.30 Uhr: Ralph Arthur Roberts, Else Möller, Lisch Ellest, Herd. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge von der Straaten, Ilse Narten, Georg Basselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in Wenn das Spiel gemacht ist — — — ab dafür

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr: Rosen

Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum

Thalia-Theater
7½ Uhr: Mascottchen

Komische Oper
7½ Die Oper 7½
Alt-Heidelberg

8 U. **Folies Caprice** 8 U.
Schlafzimmergeheimnis
Liebe en gros
mit Ferd. Grünecker

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der vorzügliche Juni-Spielplan

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater
7½ Uhr: Geständnis
(Ralph, Kraß, Otto).

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
:: Varieté ::
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 16077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorrk. 11—1½ u. 4—6

Foto-Apparate

u. Bedarfsart. Liste 101 i. Foto-Industrie Berlin 48, Friedrichstr. 14

DAS
FORUM
HERAUSGEBER
WILHELM HERZOG

Das Forum ist das Organ der Avantgarde des revolutionären internationalen Geistes

Die Jahrgänge III–V (1923–1921) brachten Arbeiten von
Wilhelm Herzog
Henri Barbusse
Romain Rolland
Maxim Gorki
Leonhard Frank
Gustav Landauer
Ludwig Rubiner
Frank Wedekind
Anatole France
Klara Zetkin
Peter Kropotkin

Preis 4 Mark das Heft. Vierteljährlich 11 Mark, Monatlich ein Heft
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder direkt vom Forum-Verlag, Berlin W 15
Arbeiterorganisationen und Betriebe erhalten das Forum um ein Viertel billiger.

Großer Preis-Nachlaß! Damenbinden, Dpd. 2, 3, 4, 6 M., waschbare Stck. 3.50 M., Gürtel dazu 2, 3 M., **Verbandwatte,** 100 g 2 M., **Hautcreme** Tube 50 Pf. u. 1.50, **Zahnpasta** Tube 1 M., **Fieberthermometer** 4, 5, 6 M., **Lanolin** 30, 50 Pf., **wasserdichte Unterlagen** für Kinder 3 M., für Große 12 M., **Butterbrotpapier** 100 St. 3.50 M., **Klosettpapier** Rolle 1.50, Krepp 2.50, alle **hygienischen Artikel, Hausmittel.** Jll. Liste gr. u. fr. **A. Mass & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84** am d. Lindenstr. Gegr. 1890.

Schokoladen
25 g, 50 g, 100 g in Tafeln, im Block, für Wiederverkäufer, Händler, Glücksräder, Verlosungen usw. Nur allerdilligst bei
Schneider
Rodenbergstraße 27.

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig.
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

---

2 Drehbänke
2 Revolverbänke
2 Schraubenbänke
und anderes wegen Umstellung des Betriebes billig abzugeben. **Thurau & Co.,** SO. 26, Dresdener Str. 11.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

I. Larin und L. Kritzmann
Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau Sowjet-Rußlands 1917-1920

Inhalt: 1. Teil. **J. Larin: Das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland:** Statt eines Vorworts. / I. Die Voraussetzungen. II. Landwirtschaft. III. Transport und Brennstoffe. IV. Das Proletariat. V. Die Industrie. / 2. Teil. **L. Kritzmann: Wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland:** I. Der Charakter der Revolution. II. Die Arbeitsbedingungen der Volkswirtschaftsorganisation in Sowjet-Rußland. III. Die Methoden der Volkswirtschaftsorganisation. IV. Der Aufbau der wirtschaftlichen Organisation in Sowjet-Rußland. V. Die Entwicklungsphasen der Organisation der Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands.

198 Seiten **Preis Mark 3.50**

Zu beziehen durch Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11 u. Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig

---

Arbeiter!
für Euere Kinder kauft ihr stets gut und billig:
Rindbox-Schnürstiefel alles Leder p. 27-35 nur **68.–**
Rindl.-Sandalen Lederkappen, Lederbrandsohl. p. 27-35 n. **38.–**
nur in
Kaatz Schuh-Engros-Lager
Kein Laden. **Münzstr. 101.** Kein Laden.

Auch diese

gehen zu „ihrem" Drogisten, um die beliebten Rajanol-Erzeugnisse
Hautcreme
Teintwasser
Zahnpasta
zu kaufen
Rajanol-Parfümerie G. m. b. H.
Berlin-Oberschöneweide
Fernsprecher: Oberschw. 555.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Marienfelde und Umgegend.

Die vom Ausschuß am 20. April 1921 beschlossene Aenderung der §§ 98 und 116 der Satzung (X. Nachtrag) betr. Einladung zu den Ausschußsitzungen ist vom Oberversicherungsamt Berlin am 14. Juni 1921 genehmigt worden und ist am gleichen Tage in Kraft getreten.
Berlin-Marienfelde, den 22. Juni 1921.
Aug. Leip, Vorsitzender.

Münzen
Sammlungen kauft **Ball,** Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Münzen
Handlung

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff,** Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Oderberger Straße 1
Reinickendorfer Straße 107

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Charlottenburg, Wallstraße 90,
Hof, Stfl., part., geöffn. von 9—11, 2—5 Uhr

Botenfrauen stellt ein für **Neukölln**
Wanzlick-, Mahlower u. Selchower Str.
Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Saison-Ausverkauf

Von Montag, den 20. Juni, bis Sonnabend, den 2. Juli, verkaufe ich bester Maßarbeit gleichwertige
Herrenbekleidung
zu außergewöhnlich niedrigen Preisen
an Private

Herren-Anzüge und Ulster zum Teil aus Reisekollektionen, nur erstklassige Stoffe, gediegene moderne Verarbeitung Mark **400.–, 500.–** usw.

Einzelne **Beinkleider** Mark **125.–, 180.–, 200.–, 250.–** usw.

Ein Posten farbige, reinwollene **Anzugstoffe** für Herren-, Damen- und Knabenkleidung fabelhaft billig, 140 cm breit Mark **45.–, 60.–, 80.–** bis **120.–** per Meter

Ein Posten Winterulster und Automäntel für die Hälfte des bisherigen Preises

Theodor Reinbold, Berlin C
ENGROS Verkaufszeit 9—6 Uhr EXPORT
Dirksenstr. 23, I. Etage • Dir. a. Bhf. Alexanderpl.

Soeben erschienen!
Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule
Von **Adolf Jensen** und **Wilhelm Lamszus**
(Zweite Auflage von „Die Poesie in Not". Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes)

Das Buch setzt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorwachsen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer

Preis nur 10.— Mark
Gebunden (Anfang Juli lieferbar) **15.—** Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit"-Speditionen oder direkt von der
Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e·G·m·b·H
Berlin C 2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Wieder eine Hohenzollernparade

Die „Berlinische Zeitung von Staats- und Gelehrten Sachen“, im gewöhnlichen Leben „Vossische Zeitung“ genannt, berichtet über ein Schauspiel, so sich in Potsdam zugetragen hat. Es zeigt, daß wir Gott sei Dank noch nicht alle Verbindungen mit dem Mittelalter abgebrochen haben; das Bestreben dieser Kreise geht ja auch darauf, die altertümlichsten Zustände wieder herzustellen.

Tante Voß berichtet:

Ritterschlag in Potsdam. Im Offizier-Kasino in Potsdam fand heute vormittag der Ritterschlag des Johanniter-Ordens statt. Der Feier wohnten die frühere Kronprinzessin, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Oskar und andere Persönlichkeiten der früheren Hofgesellschaft bei. Feldmarschall v. Hindenburg, der ebenfalls an der Feier teilnahm, wurde beim Verlassen des Kasinos stürmisch von der draußen harrenden Menge mit Hurra- und Hoch-Rufen begrüßt. Die Gäste fuhren geschlossen in das Palast-Hotel.

Die „draußen harrende Menge“ ist die bekannte, vor allem in Deutschland viel anzutreffende Spezies Mensch: Der Spießbürger, der sich lieber aus einem Krieg in den andern hetzen läßt, als seine Fürstenverehrung aufzugeben, der speichelleckend vor den Toren der Schlösser herumschleicht, selig, wenn er vor seinen Augen ein paar Generalsstreifen auftauchen sieht. Gegen diese preußisch-deutschen Untertanen kämpfen Götter selbst vergebens!

Freigabe neuer Badestellen

Wir berichteten kürzlich über das Vorgehen der Polizei gegen Badende am Tegeler und am Müggelsee und erhoben im Anschluß daran die Forderung, die an vielen Stellen bestehenden völlig unbegründeten Badeverbote aufzuheben. Der Redner unserer Landtagsfraktion, Genosse Leid, brachte die Angelegenheit auch bei der Etatsrede im Landtag zur Sprache und forderte, die Behinderung der Badenden zu beseitigen und weitere Badestellen freizugeben. Unser Vorgehen scheint von Erfolg begleitet zu sein, denn es wird mitgeteilt, daß geplant ist, weitere geeignete Badestellen so schnell wie möglich zu erkunden und freizugeben. Razzien, wie sie bisher zeitweise vorgenommen wurden, sollen nicht mehr veranstaltet werden, in der Hoffnung, daß das badende Publikum Auswüchsen selbst entgegentritt und solche Badenden nicht unter sich duldet, die durch ein unanständiges Verhalten das gesunde Körperbad im Freien diskreditieren.

Wir dürfen danach die Hoffnung haben, daß die Erkundungen recht bald abgeschlossen werden und die neuen Badestellen bekanntgegeben werden. Bei der Auswahl muß der Grundsatz gelten, daß an allen Stellen, wo das Baden ohne Lebensgefahr möglich ist und eine Behinderung des Verkehrs nicht eintritt, das Baden auch gestattet wird. Wir hoffen, daß sich unter den neuen Badestellen auch der Sakrowsee befindet, für den ein besonderes Badeverbot vor einiger Zeit aus völlig unerklärlichen Gründen erlassen worden ist.

Gegen den Mietswucher

Am Mittwoch fand in den Hohenstaufensälen, Kottbuser Damm 76, eine öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Neukölln des Zentral-Mieterverbandes statt. Beide Säle waren lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Herr Kornfeld sprach eingehend über das neue Reichsmietengesetz und die Wohnungsnot. Er ging davon aus, daß die Steigerung von 45 Prozent resp. 60 Prozent nunmehr der Anfang sei von dem, was beabsichtigt ist. Wenn noch vor kurzer Zeit darüber gelacht wurde, daß beabsichtigt sei, die Mieten um das Zehnfache zu steigern, so beginnt es jetzt allmählich bei der großen Masse der Mieter zu dämmern, welcher Raubzug auf ihre Taschen geplant ist, und daß ihnen in allernächster Zeit die Augen nicht nur vollends auf-, sondern übergehen werden. Ob nun die kleinen Hausbesitzer, welche sich jetzt vor den Interessenkarren des Großkapitals haben spannen lassen, auf ihre Rechnung kommen, ist allerdings mehr als fraglich; denn wenn die Mieterschaft jetzt nicht wachsam ist, so wird es dem vereinigten Groß- und Grundbesitz doch noch gelingen, ihren sehnlichsten Wunsch in kürzester Zeit erfüllt zu sehen, d. h. freie Wirtschaft im Wohnungswesen, ergo Ausbeutung der Mieterschaft, wie wir sie bisher noch auf keinem Wirtschaftsgebiet erlebt haben.

In der Diskussion wurden die Zustände auf dem Wohnungsmarkt noch einer eingehenden Kritik unterzogen. Bei den Anwesenden war allgemeines Verständnis dafür, daß der Versuch eines neuen Raubzuges auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung abgeschlagen werden muß.

Bei der bevorstehenden Beratung des Reichsmietengesetzes wird es sich zeigen, wo die energischsten Interessenvertreter der Mieter zu finden sind. Die Mieter müssen daraus erkennen, daß der Kampf ein politischer Kampf ist, und daß sie nicht abseits stehen dürfen, sondern am politischen Kampf teilnehmen müssen.

Die Deutschnationalen am Pranger

Eine vollständige Niederlage erlitten die bürgerlichen Parteien der Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks 8 (Spandau) in der letzten Sitzung. Nachdem Genosse Dr. Herz-Altona als stellvertretender Bürgermeister eingeführt war, kam es zur Besprechung des Schreibens des Oberpräsidenten, das den Genossen Leo (U. S. P.) und Münsinger (S. P. D.) die Bestätigung versagt und wegen der Genossen Eggert (U. S. P.) und Finkelmeier (K. P. D.) noch Ermittelungen vorsieht. Anträge der sozialistischen Parteien verlangten, wegen dieser Verzögerung einen Protest an das Ministerium des Innern zu richten und vom Oberpräsidium zu verlangen, daß die Gewählten schnellstens bestätigt werden.

Genosse Dahlke begründete die Anträge. Betreffs der noch schwebenden Ermittelungen gegen den Genossen Gemeindevorsteher Eggert-Staaken war Genosse Dahlke mit Tatsachenmaterial versehen, wonach von seiten der Deutschnationalen alles Mögliche und Gemeine versucht wird, um Eggert zu verdächtigen. So versuchte der Oberst a. D. Kossack unseren Genossen Buhl-Neufinkenkrug zu bewegen, über Eggert ungünstige Angaben zu machen. Die Anklagen, die unser Redner den Bürgerlichen entgegenhielt, konnten nicht entkräftet werden. „Ich liebe den Verrat, doch ich hasse den Verräter“ ist der Grundsatz, nach dem sie gehandelt haben. Armseliges Gestammel war es, was der Deutschnationale Lüdicke zur Entschuldigung anführte. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Die zweite Abrechnung kam beim Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion betr. Verbilligung der Lebensmittel. Der in unserer Partei wieder aufgenommene Genosse Leo nahm hier Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit allen bürgerlichen Parteien. Der ganze Zorn der Bürgerlichen nach dieser doppelten Stäupung ergoß sich über unsere Genossen Dahlke und Leo. Die Kommunisten leisteten dabei getreue Hilfe. Eine Entgegnung der Angegriffenen setzte sie matt. Der Antrag wurde angenommen.

Diese Bezirksversammlung zeigt der Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit, mit welch frivoler Frechheit die Bürgerlichen arbeiten. In den kommunalen Parlamenten markieren sie Arbeiterfreundlichkeit, in den Reichs- und Landesparlamenten vergrößern sie das Elend der großen Masse. Dabei finden sie die willfährige Hilfe der Kommunisten, die sich immer an ihren Klassengenossen reiben, nicht aber den Mut finden, den Bürgerlichen die Wahrheit zu sagen.

Die ersten Siedlungshäuser auf dem Tempelhofer Felde

Die Siedlungshäuser, die von der Gemeinnützigen Tempelhofer-Feld-Gesellschaft als Heimstätten für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer errichtet werden, wachsen jetzt empor. Sie stellen nicht, wie kürzlich mitgeteilt wurde, Fachwerk- oder Lehmstampfbauten dar, sondern es handelt sich bei ihnen durchweg um massive Steinbauten.

Das Siedlungsamt Berlin hat an Stelle der baren Baukostenzuschüsse die Ziegel unentgeltlich zur Verfügung gestellt. In die Ausführung der Bauten teilen sich zunächst die Berlinische Baugesellschaft und die Soziale Bauhütte. Zwischen beiden Betrieben scheint sich an dieser Stelle eine Art von Wettbewerb zu entwickeln. Das erste der Kleinhäuser wird schon gerichtet. Zwei Drittel des gesamten westlichen Tempelhofer Feldes sollen mit solchen Siedlungshäusern bedeckt werden. Das nördliche Drittel bleibt der alten Tempelhofer-Feld-Aktiengesellschaft zur Bebauung mit Hochhäusern.

Der Mord im Hotel

Am zweiten Verhandlungstage in dem Mordprozeß gegen Bock und die Geschwister Nägler wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Auf den Antrag des R.-A. Dr. Alsberg wurde u. a. eine Pensionsfreundin der Gertrud Nägler vernommen, die der Angeklagten kein ungünstiges Zeugnis ausstellen kann. Ihr Bruder hatte großen Einfluß auf sie.

Der Vorsitzende verlas dann einen Kassiber des Bock an Ernst Nägler, in welchem es u. a. heißt: „Denke an meine Mutter, entlaste mich!“ Bock suchte dies dahin zu erklären, daß er den Nägler nur ermahnen wollte, die Wahrheit zu sagen. Ein Zeuge, der der Verlobte der Schwester des Bock ist, bekundete, daß dieser viel in seiner Familie verkehrte. Nägler sei ein Mensch, der sich schlauerweise immer im Hintergrunde zu halten weiß und die Schuld auf andere zu wälzen versteht. Bock sei nur Ausführer von dem Willen des Angeklagten Nägler gewesen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß Bock doch bei der Tat sehr überlegt vorgegangen sei und trotz des lebhaften Widerstandes des Ueberfallenen nicht davon abgelassen habe, seinen Vorsatz durchzuführen. — Auf Vorhalt des R.-A. Dr. Halpert bestätigte der Zeuge, daß der Angeklagte Bock immer sehr freundlich, ja sogar weichherzig gewesen sei. Ferner bestätigte er, daß Bock infolge der Verschüttung, die er im Kriege erlitten, ein halbes Jahr lang die Sprache verloren habe. — Vors.: Der Angeklagte hat doch nach der Tat auch gar kein Entsetzen vor dem, was er angerichtet hat, bekundet und ohne jedes Schaudern 3000 M. angenommen. — Auf Antrag der Verteidigung wurde aus den Akten festgestellt, daß nach der Bekundung des Angeklagten in der Voruntersuchung er darauf Wert gelegt habe, daß seine pekuniäre Lage nicht Anlaß zur Ausführung der Tat war.

Die dann vernommene Mutter des Bock, Schwester der verstorbenen Frau Nägler, bekundete, daß Frau Nägler schwermütig war, der Kummer über ihre Kinder sie immer schwermütiger gemacht habe, so daß sie sich schließlich das Leben nahm. Die Zeugin bekundete noch verschiedene Fälle von Selbstmord und Selbstmordversuchen, die sowohl in der Familie Nägler und in der Familie Bock vorgekommen seien.

Auf Antrag des Dr. Alsberg wurde dann der Vater der Geschwister Nägler vernommen. Er bekundete, daß die Ehe mit seiner Frau zumeist sehr zufriedenstellend war, dann sei es aus Kleinigkeiten heraus immer mehr und mehr zu Mißhelligkeiten gekommen. — Vors.: Der Sohn soll doch mißraten sein und Ihnen Sorge gemacht haben. — Zeuge: Mißraten war er gerade nicht. Er hat manche Fehler gemacht, aber es waren dies doch nur Kleinigkeiten.

Im Anschluß daran wurden die medizinischen Sachverständigen gehört. Professor Dr. Strauch faßte sein Gutachten u. a. dahin zusammen: Die Geschwister stammen aus einer schwer belasteten Familie. Wenn auch nach allem der § 51 nicht anzuwenden ist, so zeigt die Angeklagte doch so viel Defekte, daß sie als geistig minderwertig anzusprechen ist. Auch ihr Bruder Ernst zeigt solche starken Defekte, er bietet jedoch keinen Anhalt für das Vorliegen des § 51. Dagegen ist auch er als nicht ganz vollwertig anzusprechen. Sanitätsrat Dr. Juliusburger bezeichnet sodann den Seelenzustand des Angeklagten Bock als sehr kompliziert. Jedoch liege nicht der § 51 bei ihm vor. Dr. Fritz Leppmann schließt sich im wesentlichen dem Gutachten des Professors Strauch an.

Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen und es ergriff der Staatsanwalt Rückert das Wort. Er kommt zu dem Schlusse, daß sich Bock und Gertrud Nägler nicht des Mordes, wohl aber des Verbrechens gegen den § 251 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Sie hätten einen Raub mit Gewalt begangen, die den Tod des Beraubten zur Folge gehabt habe. Ernst Nägler sei der schweren Begünstigung und Hehlerei schuldig zu sprechen. Mildernde Umstände seien da, wo sie bei der Bejahung der Schuldfrage zur Anwendung kommen könnten, zu versagen. Von den Verteidigern sprach sodann zunächst Rechtsanwalt Dr. Halpert. Die Verkündung des Urteils dürfte erst in später Abendstunde erfolgen.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz.) Bezirksversammlung. Nach Einführung 2 neuer Bezirksverordneten kam am letzten Mittwoch der Antrag der Frau Dreising (Dem.) zur Verhandlung, welcher die Konzession für Likörstuben, Bars, und Dielen eingeschränkt wissen will. Unsere Fraktion hatte einen Ergänzungsantrag eingebracht, der dahin ging, die Bezirksversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu beauftragen, bei den Reichs- und Landesbehörden dahin zu wirken, das den Brennereien zugewiesene Kontingent auf das Mindestmaß zu beschränken, welches für Heil- und gewerbliche Zwecke benötigt wird. Großzügig, wie unsere Bürgerlichen immer sind, lehnten sie diesen Zusatzantrag ab, der ihnen zu weit ging, sie hätten sich sonst auch in Gegensatz zu ihren Freunden im Reiche gestellt. Ein Antrag Winkler (Dem.), der die Verpachtung der öffentlichen Bedürfnisanstalten verlangte, wurde zurückgezogen, nachdem bereits das Bezirksamt, ohne erst die Verhandlung abzuwarten, am Tage vorher im „Stegl. Anz.“ die Verpachtung ausgeschrieben hatte. Wir nahmen uns das Bezirksamt gehörig vor und bestritten diesem das Recht, die schon in den Händen der Kommune befindlichen Betriebe wieder in private Verwaltung zu geben. Der Bürgermeister glaubte, uns dadurch zufriedenzustellen, daß er erklärte, die Verpachtung sei nur ausgeschrieben, um Unterlagen zu schaffen. Die Bürgerlichen dachten ihren Bürgermeister und stellten den Antrag auf Schluß der Debatte; dadurch nahmen sie uns die Möglichkeit, dem Bürgermeister nochmals entgegenzutreten. Ein weiterer Antrag Winkler, ein Gewerbe- und Kaufmannsgericht für den 12. Bezirk zu schaffen, wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen. Auf Grund eines Ersuchens des Magistrats hat das Bezirksamt beschlossen, dem Bezirk den Namen Steglitz zu geben. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, der die Einsetzung einer Prüfungskommission für das Wohnungsamt verlangte, wurde abgelehnt.

Sitzung des Ausschusses für die städtischen Parks und Friedhöfe. Es wurde unter anderem die Anschaffung neuer Bänke für die Parkanlagen beschlossen. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Anschaffung der Bänke wenig Zweck hat, wenn die öffentlichen Parkanlagen nach und nach der Verwilderung anheimfallen. Das wird unbedingt geschehen, wenn der vorliegende Etat für 1921 mit seinen ungeheuren Streichungen gegenüber dem Bedarf, besonders auf dem Gebiet der Park- und Gartenverwaltung, vom Magistrat und Stadtverordneten gutgeheißen würde. Durch die hohen Fahrpreise ist die arbeitende Großstadtbevölkerung verhindert, die so dringende Erholung außerhalb Berlins zu suchen und ist deshalb auf die wenigen Stadtparks und Anlagen doppelt angewiesen. Heute schon sind diese Plätze verwahrlost und diese Erholungsstätten auf das mindeste reduziert, so daß der Ausschuß beschloß, vom Magistrat erneute Bereitstellung von Mitteln für diese Zwecke zu verlangen. Der Ausschuß war der Meinung, daß es unverantwortlich ist, Werte, die der Stadt gehören, dem Verfall preiszugeben und Hunderte von Arbeitern erneut der Arbeitslosigkeit zu überantworten.

Niederschönhausen. Am 21. Juni fand eine gemeinsame öffentliche Versammlung der U. S. P., V. K. P. D. und S. P. D. statt mit dem Thema: „Der Mord an dem Genossen Gareis, der Aufmarsch der Konterrevolution und die werktätige Bevölkerung.“ Ueber 1000 Personen waren erschienen. Der Gesangverein „Zukunft“ leitete die Versammlung durch Liedervorträge ein, dann referierten die Genossen Koplin von der U. S. P., Fast von der V. K. P. und Riesstahl von der S. P. D. Der Verlauf der Versammlung ist mustergültig gewesen. Folgende, von den drei Parteien gemeinsam eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute von über 1000 Frauen und Männern besuchte öffentliche Versammlung der drei sozialistischen Parteien verurteilt aufs schärfste den feigen Mord an dem Genossen Gareis. Sie fordert von der Regierung die Durchführung der von dem A. D. G. B. aufgestellten Richtlinien. Die restlose Entwaffnung der reaktionären Selbstschutzorganisationen ist beschleunigt durchzuführen. Ebenso ist jede Umbildung dieser die Sicherheit des Staates gefährdenden Kampfformationen zu verhindern. Die Versammelten erklären, jeden reaktionären Anschlag auf das Proletariat durch eine geschlossene Einheitsfront abzuwehren.“

Parteiveranstaltungen

Kommunale Kommission Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 25. Juni, abends 6 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, gemeinschaftliche Sitzung mit dem Zentralvorstand. Sämtliche Dezernenten der Verwaltungsbezirke nehmen daran teil.

Montag, abends 7 Uhr, Vollversammlung sämtlicher Zeitungskommissionsmitglieder in der Breiten Straße 8-9, Bildungsschule.

Sprechstunde für Elternbeiträge der U. S. P. D.: Donnerstag, von 6 bis 7 Uhr, „Freiheit“, Bibliothek, Breite Str. 8-9.

9. Distrikt (Wedding). Funktionäre. Die Karten zum Waldfest sind sofort abzurechnen. Die bis Sonntag, den 26. Juni, nicht abgerechneten Karten gelten als verkauft.

Sonnabend, 25. Juni

Schöneberg-Friedenau. Die Fraktionssitzung findet abends 6 Uhr im Zimmer 143 des neuen Rathauses statt. Die kommunale Kommission nimmt daran teil. Die Geschäftsleitung tagt eine Viertelstunde vorher im selben Raume.

Sonntag, 26. Juni

13. Verwaltungsbezirk (Abteilung Pankow). Die Parteigenossen treffen sich mittags 12 Uhr auf dem Andreas-Hofer-Platz, um an dem Umzug des Sportkartells teilzunehmen.

Montag, 27. Juni

2. Distrikt (Berlin-Mitte). Engere Vorstandssitzung bei Hummel, Sophienstr. 5.

9. Distrikt (Wedding). 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungskonferenz bei Hausse Brüsseler Str. 9. Sämtliche Funktionäre haben zu erscheinen. Daselbst werden die Einlaßkarten zum Waldfest abgerechnet.

11. (früher 9.) Distrikt. Abends 7½ Uhr Frauenlesesaal bei Matschke, Marienburger Str. 31. Vortrag der Genossin Fahrenwald.

14. Distrikt, 3. Abteilung. 6 Uhr „Freiheit“-Agitation. Für die Bezirke 509 bis 512 von Voigt, Belforter Str. 21, für die Bezirke 513 bis 516 von Hahn, Wörther Str. 15. Die Flugblätter befinden sich bereits in den Lokalen, die Bezirkskassierer nehmen die Einteilung vor und liefern bei Müller, Treskowstr. 36, 1. Aufgang, 4 Tr., die neugeworbenen Abonnentenadressen bis spätestens Donnerstag ab.

Vereinskalender

Sonntag, 26. Juni

Freireligiöse Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag der Frau M. Krische: Gemeinschaftskunde. Entwicklung der Menschen. — Harmonium: 2. Satz aus dem Violinkonzert (Mendelssohn). Gäste willkommen.

Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der tschechoslowakischen Republik. Wer seine Rente schnell und restlos ausbezahlt haben will, melde sich sofort bei Josef Klar, Michaelkirchplatz 9.

Montag, 27. Juni

Verband Deutscher Händler und reis. Gewerbetreibender. Fachgruppe der Spezialisten. Abends 8 Uhr im Elisabethgarten, NO. 18, Elisabethstr. 30, Versammlung.

Gewerkschaftliches

Beiratssitzung der Metallarbeiter

Kürzlich fand in Stuttgart eine dreitägige Sitzung des erweiterten Beirates (etwa 85 Teilnehmer) des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Dem Situationsbericht, den Genosse Dißmann erstattete, war zu entnehmen, daß die anhaltende Wirtschaftskrise auch die Metallindustrie hart getroffen hat. Die Organisation wendet alle Kräfte auf, um durch Kurzarbeit, Einlegung von Feierschichten usw. einen größeren Teil der Metallarbeiter vor völliger Arbeitslosigkeit zu bewahren. Andererseits bietet die Organisationsleitung alles auf, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sei es im Parlament, im Reichsverkehrsministerium (durch beschleunigte Vergebung von größeren Arbeitsaufträgen unter Mitwirkung von Organisationsvertretern) oder in einer sonst möglichen Weise. Die Arbeitslosenfrage bildet im engsten Zusammenhang mit den Wirtschaftsfragen eines der Hauptprobleme, dem sich die Gewerkschaften widmen müssen.

Ein stetes und hartes Ringen ist mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Letzteres versucht mit allen Mitteln, die jetzige Wirtschaftskrise zur Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu benutzen. Der Kampf gegen die Pläne der Unternehmer kann um so erfolgreicher geführt werden, je geschlossener die Arbeiter in ihren Organisationen zusammenstehen. Die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen gegen die von kommunistischen Stellen planmäßig betriebene Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften waren notwendig, um den Verband vor größeren Schaden zu bewahren. Allmählich macht sich auch hier ein Gesundungsprozeß bemerkbar, wenn auch noch viel zu tun übrigbleibt.

Eine eingehende Aussprache ergänzte den Bericht der Verbandsleitung. Die Kritik, die von einigen kommunistischen Beiratsmitgliedern an Maßnahmen des Vorstandes geübt wurde, fand keinerlei Anklang.

Einen wichtigen Beratungsgegenstand bildeten die Bezirks- und Reichs-Arbeiter- resp. Wirtschaftsräte, worüber Dißmann eingehend referierte. Redner behandelte diese Frage in einem instruktiven Referat, worin er sowohl die bisherigen Bestrebungen um Arbeiter- oder Arbeitskammern, Wirtschaftsräte (siehe u. a. Bismarcks Bestrebungen in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts) Revue passieren ließ, wie er auch das Tätigkeits- und Aufgabengebiet der nach § 165 der Reichsverfassung in Aussicht gestellten Arbeiter- und Wirtschaftsräte behandelte. Dißmann, der für eine Zusammensetzung der Arbeitervertretungen nach Industriegruppen eintrat, unterbreitete eine Resolution, in der die Forderungen niedergelegt wurden und die die dringende Reform des Betriebsrätegesetzes zum Inhalt hatte.

Die Diskussion ergab, daß die im Referat aufgerollten Probleme vielen Kollegen noch ziemlich neu und in ihren Einzelheiten in den Kreisen der organisierten Arbeiter leider noch wenig durchgesprochen worden sind. Man verständigte sich deshalb dahin, von einer Beschlußfassung auf dieser Tagung abzusehen. Die Notwendigkeit der Behandlung dieser bedeutsamen Fragen wurde jedoch allseitig anerkannt.

Der im September d. Js. in Jena stattfindende Verbandstag gab Veranlassung zu einer eingehenden Beratung über materielle Fragen (Zahlung der Verbandszeitung bei Erhöhung des den Lokalkassen verbleibenden Betrages) wie über das Wahlreglement zur Delegiertenwahl. Beschlossen wurde u. a., bei der Aufstellung der Kandidaten zwei Vorschlagslisten zuzulassen, d. h. eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste (jedoch nicht mehr wie zwei Listen!). Es heißt im Beschluß:

„Sind in einer Mitgliederversammlung mehrere Strömungen vorhanden, hat die nächstgrößte Gruppe das Recht, eine Kandidatenliste vorzuschlagen, wenn sie mindestens 10 von hundert der in der Versammlung anwesenden Mitglieder vertritt."

Ueber den voraussichtlich im August d. Js. in Bern stattfindenden Internationalen Metallarbeiter-Kongreß referierte Brandes, der die wichtigsten Fragen hervorhob, die den Kongreß beschäftigen werden. Der erweiterte Beirat wählte zu dieser Tagung zehn Delegierte.

Tost berichtete über Berufs- und Industriegrupen-Konferenzen, woraus hervorging, daß der D. M. V. als Industrieorganisation den in ihm vereinigten einzelnen Berufs- und Industriezweigen besondere Aufmerksamkeit schenkt. Das gilt auch von den Betriebsräten.

Dann behandelte Dißmann noch das Verhältnis des D. M. V. zu anderen Organisationen, worauf die Tagung ihren Abschluß fand.

USPD.-Funktionäre des deutschen Metallarbeiterverbandes

Am Montag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, findet im Restaurant Königsbank, Große Frankfurter Str. 117, eine Versammlung sämtlicher Funktionäre, die auf dem Boden der U. S. P. stehen, statt. Alle Vertrauensleute, Betriebsräte, Delegierte zur Generalversamlung, Kommissionsmitglieder usw. sind verpflichtet, zu erscheinen, da äußerst wichtige Dinge erledigt werden müssen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P.
J. A.: A. Holz.

„Rote" Schwindeleien

Aus den Kreisen der Holzarbeiter wird uns u. a. geschrieben:

Auch einige Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, die noch vor nicht allzulanger Zeit Funktionäre waren, haben sich zu Anführern von „Klassenkämpfern" aufgeschwungen, wie sie mit Eleganz und — Bravour bei den Lümmeleien im Gewerkschaftshaus sich zeigten. Als die Situation jedoch gefährlich wurde, sahen sie von sicherem Port sich die Dinge mit einer gewissen Schadenfreude an. Traurige Gesellen. —

Durch die großen Lügen der „Roten Fahne" verschwindet beinahe ein nicht minder von Unwahrheiten strotzender Bericht über eine Holzarbeiterversammlung der Ostbezirke vom 16. Juni in der Königsbank. Der Berichtschreiber weiß ganz genau, daß es Lüge ist, wenn er sagt „die Ortsverwaltung hatte beschlossen, den Verbandstagsbericht nur in der Generalversammlung erstatten zu lassen". Es ist dem Berichtschreiber jedoch zu verzeihen, denn er muß ja lügen, wenn der beabsichtigte Effekt erzielt werden soll, und er würde gegen die kommunistische Anweisung handeln, täte er's anders. Daß die U. S. P.-Verbandsdelegierten diesen Standpunkt, der gar nicht vorhanden ist, stützten, ist ebenfalls auf das Konto der „ehrlichen Pioniere" aus der Rosenthaler Straße 38 zu schreiben.

Der erst in der Neuzeit entdeckte K. P. D.-Redner Schmidt brachte Dinge auf's Tapet und dokumentierte damit mit aller Deutlichkeit seine Unwissenheit. Seine Rede war der Clou der Versammlung. Lieske von der „Kommunistischen Gewerkschafts-Zentrale" hielt auch eine Rede, in der er in verschwommener Weise seine Stellung zu den Gewerkschaften darstellte. In recht pastoralem Tone rührte er erst an das Gefühl der Kollegen, um dann in eine wüste Schimpferei auf alles was — „Bonze" ist, überzugehen (und dabei ist er auch Bonze, aber bitte, nur ein ganz kleiner K. P. D.-Bonze). Die Höhe aller kommunistischen Schamlosigkeiten ist jedoch in einer Resolution niedergelegt, worin gegen das Vorgehen der Leitung der Zahlstelle Berlin protestiert wird, die Lieske unter Vorzensur gestellt habe und ihn seines Postens als „Redakteur" des „Mitteilungsblattes" enthoben hätte.

Nur einmal sind dem L. Vorhaltungen gemacht worden, als er an einen Artikel des Kollegen Horn einen Affenschwanz hängte, der im Bürstenabzug nicht war. Dem Berichterstatter dürfte im übrigen nicht unbekannt sein, daß eine Neuwahl der engeren Verwaltung am 24. und 25. März 21 stattgefunden hat, bei der die Moskauer trotz aller angewandten Kniffe und Intriguen nur 4789 Stimmen und die Richtung Amsterdam 7933 Stimmen, also doppelt soviel erhielt. Diese Neuwahl hatte den Rücktritt aller V. K. P. D.-Mitglieder aus der engeren Verwaltung zur Folge und somit mußte auch L. zurücktreten.

Aber all dies ist dem Berichtschreiber wohl bekannt, doch es paßt nun mal so schön zu der „geistigen Eroberung der Gewerkschaften", wem man bei dem offensichtlichen Mangel an Argumenten diese faustdicken Lügen einschiebt.

Dies zur Steuer der Wahrheit, insbesondere, wenn unseren Genossen und Kollegen dieser allerneueste Schwindel unterbreitet wird. Die einzigste Entschuldigung für diesen sprichwörtlichen Mangel an Wahrheitsliebe ist: sie können, sie wollen und sie dürfen nicht anders.

* * *

Die Modell- und Fabriktischler nahmen zur selben Sache in einer im Sophiengymnasium am 22. Juni abgehaltenen Branchenversammlung eine Resolution einstimmig an, für die auch die Kommunisten stimmten, in welcher sie entschieden gegen die gewerkschaftsschädigenden Demonstrationen im Gewerkschaftshaus protestieren und die Kollegen verpflichten, diesem Treiben entgegenzutreten.

Niederlage der Schweizer Kommunisten

Bei einer Abstimmung des Buchdruckerverbandes der Schweiz über die Anschlußfrage an Moskau haben sich die Mitglieder mit erdrückender Mehrheit gegen den Anschluß ausgesprochen.

Skandal im Gewerkschaftshaus. Zu dem Bericht in Nr 287 der „Freiheit", „Skandal im Gewerkschaftshaus", teilt uns der Monteur Jugel mit, daß er nicht Mitglied der in der Versammlung gewählten Kommission war. Jugel bittet uns deshalb um diese Richtigstellung, die wir gerne bringen, weil Jugel erklärte, daß er als organisierter Metallarbeiter es abgelehnt hätte, in eine Kommission einzutreten, in der auch Leute wie Fichtmann vertreten waren.

Gasarbeiter. Eine vom Staats- und Gemeindearbeiter-Verband einberufene, von zirka 3000 Personen besuchte Versammlung der in den Groß-Berliner Gaswerken beschäftigten Arbeiter, die in den „Germania-Festsälen", Chausseestraße, tagte, beschäftigte sich mit dem Streik der Gutsarbeiter, geißelte das ablehnende Verhalten des Magistrats und erklärte sich zu jeder Unterstützung bereit. Zur Frage des Reichsmanteltarifs, über den Geßner sprach, wurde eine Resolution angenommen, in welcher erklärt wird, daß in dem vorliegenden Neuentwurf eine schwere Schädigung erblickt wird, desgleichen wird gegen die Arbeitsgemeinschaft Stellung genommen und Kritik an dem Verhalten des Hauptvorstandes geübt. Die Gasarbeiter lehnten einmütig einen solchen Tarif ab und fordern die Ortsverwaltung auf, einen von der Kollegenschaft aufzustellenden Manteltarif bis zum 31. Dezember 1921 abzuschließen.

Funktionärkonferenz der USPD.

Am Mittwoch, den 22. Juni, fand im großen Saal der „Neuen Welt" die vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg einberufene **Konferenz aller U. S. P. D.-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre** statt. Vor den ungefähr 3000 Erschienenen sprach Genosse **Dittmann** über: **„Die politische und wirtschaftliche Lage".** Er schilderte die Stellung der einzelnen Parteien zum Friedensvertrag, zum Ultimatum und zur Wiedergutmachung und machte auf die Folgen aufmerksam, die bei einer evtl. Ablehnung des Ultimatums vor allem das deutsche Proletariat getroffen hätten. Wenn heute die deutschnationalen Kreise von einer Versklavung reden, so sei das eitel Heuchelei, denn gerade sie seien ja die Schuldigen am jetzigen Elend und hätten sich vor allem während des Weltkrieges bemüht, ihr Herrentum aufrechtzuerhalten. Er erinnert an die Friedensverträge von **Brest-Litowsk** und **Bukarest**, die dem Versailler Vertrag sehr ähnlich sehen. Genosse **Dittmann** schilderte eingehend **die Wirkungen der jetzigen Taktik der Kommunisten**, die ja dadurch mehr und mehr die Helfershelfer der deutschvölkischen und konterrevolutionären Kreise würden. Es sei aber erfreulicherweise zu bemerken, daß diese „Nur Gewaltanbeter" an Boden fortwährend verlieren und die klassenbewußte Arbeiterschaft zurückkehre zu Methoden des Kampfes, wie unsere großen Meister Marx und Engels sie gelehrt haben. Auf der anderen Seite müsse man den Rechtssozialisten sagen, **daß auch eine Politik des Kompromisses und der Koalition mit bürgerlichen Parteien positive Erfolge für die arbeitende Bevölkerung nicht aufzuweisen vermag.** Die bevorstehenden Kämpfe um die Verteilung der Lasten werden die Klassengegensätze aufzeigen und auch den rechtssozialistischen Arbeitern zu Gemüte führen, daß nur rücksichtslosester Klassenkampf und eine kampfentschlossene Arbeiterschaft die drohende Belastung erfolgreich abwehren könne. Die Ausführungen des Genossen Dittmann fanden lebhaften Beifall.

In der folgenden **Diskussion** wurden von fast allen Rednern die **Vorkommnisse im Berliner Gewerkschaftshaus gestreift und zum rücksichtslosen und energischen Kampf gegen die in der Münzstraße sitzenden Drahtzieher aufgefordert.** Mit diesen verantwortungslosen und dabei noch feigen Gesellen, die derartige „Aktionen" inszenieren und sich damit noch brüsten, darf es in Zukunft keine Gemeinschaft mehr geben. Am Schluß der Konferenz wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, Mittwoch, den 22. Juni, in der „Neuen Welt" tagende **Konferenz der U. S. P. D.-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre** verkennt nicht die traurige Lage der Arbeitslosen. Sie erblickt aber in der von der V. K. P. D. inszenierten Aktion gegen Gewerkschaftsführer nicht die Lösung dieser Frage. Vielmehr erkennen die Funktionäre in den Auswirkungen solcher Aktionen das Bestreben, den einzigen Schutzwall der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, zu zertrümmern, die bisher gepflegten ethischen Grundsätze des Sozialismus herabzuwürdigen. Gegen Attentate auf Arbeitervertreter, von welcher Seite sie auch kommen mögen, **erheben die Funktionäre den schärfsten Protest.** Sie erklären, ihre unter großen Mühen aufgebaute Organisation und deren Eigentum als Eigentum späterer Generationen **mit allen Mitteln zu schützen.**

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Lieblschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Felsenbrunner Hof

von

Anna Croissant-Rust

Auf dem breiten sandigen Wege, der fast schnurgerade vom Walde durch die Felder und Wiesen führte, fuhr ein offener Wagen mit zwei schönen Rappen bespannt. Die Rappen lenkte, neben dem weißhaarigen Kutscher sitzend, ein Junge, der vor Erregung die Augenbrauen zusammengezogen und die Lippen eingekniffen hatte. Die kleinen braungebrannten Hände hielten mit Zähigkeit und Willenskraft die Zügel der übermütigen Pferde.

Die im Wagen lachten über den Jungen und seinen Eifer. Da saßen, ihm zunächst, seine beiden Schwestern in weißen Kleidern, die schöne Helene mit den dunklen Haaren und Alwine, die älteste. Dann kam der Vater, der in übermütiger Laune vom Hoteltisch aufgestanden war, und immer noch lachte und scherzte, während des Jungen älterer Bruder Heinrich spöttisch und wortkarg nach dem Jüngeren schaute. Sie waren alle in der Stadt gewesen an diesem heißen Maisonntag, nur die Mutter fehlte, die lieber in ihren kühlen Zimmern allein blieb.

Den Jungen dünkte es herrlich, im Maisonnenschein durch die Felder zu fahren, und wieder im Schatten der Wälder, auf breiten Landstraßen, während über den Wiesen allmählich die Kuppen des Hochwaldes aufstiegen. Aber die im Wagen sahen solche Dinge nicht, sie sprachen von anderem.

Die Schwestern von den Einkäufen, die sie in der Stadt gemacht, von den Thomanns, ihren Gutsnachbarn, die sie gesprochen, von jungen Herren und schönen Kleidern. Sie steckten fortwährend die Köpfe zusammen und kicherten, weil sie der Vater, fast wie ein gönnerhafter älterer Anbeter, neckte.

Er hatte mit Freunden im ersten Hotel gefrühstückt, reichlich, seiner Laune nach, und fragte nun seine Töchter, die ihre eigenen Wege gegangen waren, in einer etwas rüd jovialen Weise über ihre Erlebnisse. Heinrich hörte mit halbem, fast überlegenem Lächeln zu; er war gelangweilt dagesessen, bis der Kutscher, der alte Hannes, an der Waldecke dem kleinen Burschen die Zügel gegeben hatte. Nun blickte er nur mehr auf diese kleinen zuckenden Hände und sah und hörte nichts weiter sonst; der Junge fühlte es, und seine Lippen kniffen sich immer mehr ein, während die Backen dunkelrot wurden, bis er endlich die Pferde in schönem Bogen vor der Eingangstüre des Hauses parierte.

Die Schwestern sprangen lachend ab, ihre Einkäufe auf den Armen.

„Nun, Peter, zeig doch deine Hände! Wie sehen sie denn aus? Bist du nun zufrieden, du Held, wenn sie dir recht weh tun?"

Es klang scherzhaft, aber ein Unterton von Bosheit und Gereiztheit war darin.

„Wie wird der seine Hände spüren!" sagte der Vater, „lieber stirbt er, als daß er das eingesteht. Jetzt hat er doch seinen Willen! Siehst du, Heinrich, du hast es bis jetzt nicht so weit gebracht", sagte er zu seinem Aeltesten.

„Wozu?" meinte der und hob geringschätzig die Achseln. „Der alte Hannes ist ja da, und wenn er abgeht, kann Peter den Kutscher machen; kutschieren, das hat Zeit für mich."

„Zeit, Zeit! Alles hat Zeit bei dir, bis es zu spät ist!" Des Vaters gute Laune war verflogen. „Der ist ein Felsenbrunner, der hat Zähigkeit und du nicht, das ist es!" schrie er.

Heinrich verzog den Mund und sah den Vater keck an. „Zähigkeit? Das sagst du?" Er sprach so leise, daß es der Vater überhören konnte, wenn er wollte. Er überhörte es und folgte schnell seinen Töchtern ins Haus. Gebückt war er vom Wagen gestiegen, aber er richtete sich im Gehen und unter seinem Aerger wieder auf.

So erschien er groß und stattlich; breitschulterig und kräftig. Sein Haar begann zwar an den Schläfen schon zu ergrauen und der Bart zeigte weiße Spitzen, dennoch hatte er etwas Jugendliches, etwas vom Eroberer. Seine dunklen Augen lagen in einem feuchten Glanz, und die Wangen hatten die satte Röte einer überreifen Aprikose. An Wangen und Augen konnte man sehen, daß er schwere Weine und guten Tisch liebte; trotzdem er schon merkbar Fett anzusetzen begann, hatte seine Erscheinung noch etwas Sieghaftes durch die kühnen Züge mit der starken Nase, den streng gezeichneten Augenbrauen und dem gewölbten sinnlichen Munde, der, wie die blitzenden Zähne, von großer Schönheit war.

Dieselben strengen Augenbrauen und dieselbe Nase hatte Peter, sonst glich er seinem Vater keineswegs. Wie er so vom Bock herunterkletterte, etwas steif vom Sitzen, unbeholfen durch die Reden der Aelteren, war sein längliches Knabengesicht finster und unschön.

Sobald er die Pferde dem Kutscher überlassen hatte, war aus dem frischen, glühenden Jungen ein verdrossener und mürrischer geworden.

Sein Bruder hatte ihn mit einem versteckten Rippenstoß empfangen, den Peter rasch und fast tückisch mit einem heftigen Faustschlag erwiderte.

Klein, sehr kräftig und sehnig gebaut, glich Peter ebensowenig seinem schlanken, blonden Bruder, der groß und verweichlicht neben ihm stand, die Augen halb geschlossen.

Erst sechzehn Jahre alt, hatte Heinrich den Ausdruck eines Fünfundzwanzigjährigen. Nichts Jungenhaftes, nichts Unausgebildetes, nichts Störendes oder Lächerliches war in seiner Gestalt, alles war schon fertig, alles war harmonisch und schön gebildet, und man konnte sich leicht denken, wie dieser Sechzehnjährige als Vierziger aussehen würde.

Gewiß hatte sein Vater in demselben Alter ebenso ausgesehen, nur fehlten dem Sohne die rassigen Farben und das Temperament des Vaters.

Die vom Felsenbrunnerhof hatten alle krauses dunkles Haar, blitzende Zähne und Peters braune Haut; die Wangen waren rot und die Augen leuchteten. So sahen auch die Oelbilder aus, die noch in den Winkeln des Hauses und auf dem Speicher standen. Die Felsenbrunner waren eine alte Familie; ihr Hof war ein langgestrecktes weißes Gebäude, das durch seine Größe, das mächtige Dach, die geplattete breite Auffahrt, die vielen hellen Fenster mit den lustig grünen Läden, zwischen seinen mächtigen Kastanienbäumen weit mehr einem Schlosse ähnlich sah, denn einem einfachen Landhaus.

Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts an Stelle des kleineren alten neu gebaut, hatte es ganz das trauliche und zugleich weitläufige Aussehen der Bauten dieser Zeit: einfache Vornehmheit, ohne Ansprüche an Vornehmheit zu machen. Behaglich und doch stolz hob es seine helle Fassade mitten aus Gärten und Bäumen. Das „Schlößche" hieß es in der ganzen Gegend.

Eigentlich war es ein Einödhof. In der weiten grünen Mulde gelegen, vor rauhen Winden geschützt, waren seine Felder weit fruchtbarer, als die Sandstrecken ringsum und die mageren Aecker der kleineren entfernteren Höfe. Vom Fenster des großen Eßzimmers aus konnte man über eine Erdwelle hinüber gerade noch ein Dach sehen, sonst war alles Einsamkeit.

(Fortsetzung folgt.)